

alhambra

Zeitung & Programm

frühjahr2017

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Stress und Nerven verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „Nutzer_innen-Plenum“. Auf diesem Plenum sind in der Regel Vertreter_innen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das Nutzer_innen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
IBAN: DE2428050100000430397

zeitung

- unterstützer_innen -

ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt“-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der Unterstützer_innen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
30. Juni 2017

Post an die Redaktion:
zeitung@alhambra.de

Eigentumsvorbehalt:

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Editorial 1
aufruf
Blockieren, sabotieren, demontieren: #NoG20_2017 2
antirassismus
„Hey ihr Abschiebe-Helfer: Verweigert den Befehl!“ 7
arbeitskampf
Klassenkampf am Campus 8
technologiekritik
„Leben ist kein Algorithmus“ und „reproduce (future)“
Von der totalen Erfassung zur Manipulation 12
13
freiräume
WabOS 15
bewegung
Proteste gegen den Marsch für das Leben 16
Erfahrungsbericht zum „1000-Kreuz-Marsch“ in Münster 18
debatte
Orientierungsprobleme an der Moralfront: „Ist es herzlos, nichts zu geben?“ 19
Wir fordern das Wort »Apartheid« zurück! 23
Der böse, böse Essentialismus 27



Hallo Leute,

die Redaktion beginnt das Jahr 2017 mit der Frühjahrsausgabe der Alhambra Zeitung. Den Winter haben wir übersprungen. Tatsächlich schaffen wir derzeit nicht den Zweimonats-Rhythmus. Aber wie gesagt, wir versuchen sie alle drei Monate herauszugeben.

„Raum für alle, Zeit für alles – Schluss mit Ausbeutung, Ausgrenzung und Leistungszwang!“, mit der Forderung wird dieses Jahr zum autonomen 1. Mai nach Oldenburg mobilisiert. Im Aufruf heißt es, „Der Kapitalismus fordert von uns nach wie vor weitere Zugeständnisse, die wir nicht länger hinnehmen können. Die Lage in weiten Teilen der Welt ist angespannt, überall werden Menschen vertrieben und ausgegrenzt: durch Krieg, Ausbeutung oder zerstörte Lebensräume. Gleichzeitig sind konservative und rechte Bewegungen auf dem Vormarsch und schränken unser Streben nach Freiheit und selbstbestimmtem Leben weiter ein. Klingt so als gäbe es eine Menge zu tun! Nehmen wir uns die Zeit, diese Dinge anzugehen.“ Einverstanden, deshalb gibt es auch das Moby-Plakat in der Heftmitte.

Sich die Zeit nehmen, diese Dinge anzugehen. Ganz konkret gilt das beispielsweise in Bezug auf die AfD. Lokal betrauert sie die deutschen Opfer der Bombardierung Dresdens und fürchtet sich vor einer Invasion Europas durch den Islamischen Staat. Während dessen wird auf ihrer Facebookseite der Ausschluss Bernd Höckes aus der Partei bedauert und fleißig gehetzt. Wer kein Bock auf AfD in Parlamenten und anderswo hat, sollte sich die Zeit nehmen, am 22. April nach Köln zu fahren, um den „Bundesparteitag der AfD zum Desaster zu machen!“

Im Juli wollen ja bekanntlich die Regierungsvertreter*innen der G20 in Hamburg zusammenkommen, um über die Geschicke der Welt zu verhandeln. Auch hier besteht Handlungsbedarf, denn ihnen muss mal wieder mitgeteilt werden, dass sie leider keine Lösung finden werden, weil sie mit der Aufrechterhaltung der bestehenden Weltordnung Teil des Problems sind (Aufruf auf der nächsten Seite). In Oldenburg wird es dazu im Vorfeld ein Veranstaltungs- und Aktionsprogramm geben (www.no-g20.de).

Der streitbare Artikel „Jedem Stamm seine Bräuche“ aus der letzten Ausgabe hat einige gute Diskussionen, auch innerhalb der Redaktion zum Thema der kulturellen Aneignung ausgelöst. Zwar gab es von Euch keine Rückmeldungen in schriftlicher Form, dafür aber eine eigene Reihe zu dem Thema im *Missy Magazine* und der *ak*. Aus letzterer haben wir nun den Artikel „Der böse, böse Esenzialismus“, von Dominique Haensell herausgegriffen, mit dem wir noch mal einen anderen Standpunkt abbilden wollen.

Verschiedene Blickwinkel aus linker Perspektive gibt es auch zum Thema „Technologiekritik“. Ist der technologische Fortschritt eine gute Sache, die wir uns aneignen und von der kapitalistischen Zurichtung befreien sollten oder ist es eine Fortsetzung von Herrschaftsverhältnissen und führt sie zu immer weiteren Einschränkungen in der persönlichen Freiheit? Nach der Ankündigung der vergangenen technologiekritischen Konferenz „Das Leben ist kein Algorithmus“ in der letzten Ausgabe, nehmen wir mit inhaltlichen Beiträgen das Thema wieder auf (Seite 12).

Hochschulbeschäftigte an der Frankfurter Uni dürfen sich freuen. Auf Seite 8 lest ihr die Vorstellung der Frankfurter Hochschulgewerkschaft unter_bau, ein im letzten Jahr entstandenes Projekt, das hoffentlich Potential hat, ein Vorbild auch für andere Hochschulen zu sein.

Wir haben uns auch über zwei Zusendungen gefreut. Zum einen erreichte uns der Erfahrungsbericht einiger Aktivist*innen von den Protesten gegen den „1000-Kreuze-Marsch“ in Münster. Zum anderen gibt es ab Seite 19 wieder einen Artikel der *Gruppen gegen Kapital und Nation*, der sich mit einer Veröffentlichung der *Hamburger Morgenpost* zum „Umgang mit Bettlern“ beschäftigt. Lasst uns auch weiterhin gern eure Ankündigungen, Meinungen, Analysen, Stellungnahmen und Rückblicke per Mail oder Post zukommen.

Abschließend wollen wir an dieser Stelle auf den räumungsbedrohten Wagenplatz WabOS aufmerksam machen: Gar nicht weit weg, in Osnabrück, soll wie vor ein paar Jahren in Oldenburg ein alternatives Wohnprojekt kapitalistischer Stadtentwicklung weichen. Auf Seite 15 mehr dazu.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen der Zeitung und schließen mit den Worten der 1. Mai Moby-Postkarte:

„Faust aus der Tasche,
raus auf die Straße!

Wir sehen uns am 1.Mai!“

BLOCKIEREN SABOTIEREN DEMONTIEREN #NOG20_2017



DAYS OF ACTION – 6/7/8 JULI 2017

- ★ internationale antikapitalistische Demonstration der radikalen Linken am Donnerstag, den 6. Juli 2017
- ★ dynamische Aktionen in und um Hamburg: Militarismus, Migration, Ausbeutung, städtischer Widerstand und weitere Themen
- ★ Bildung von widerständigen, antikapitalistischen Blöcken auf der Gro-Odemo am Samstag, den 8. Juli 2017
- ★ und über die gesamte Zeit der Widerstand gegen den Gipfel selbst!

G20-GIPFEL BLOCKIEREN, SABOTIEREN, DEMONTIEREN!

Der nächste Gipfel der zwanzig wirtschaftlich und politisch mächtigsten Staaten der Welt soll am 7. und 8. Juli 2017 in Hamburg stattfinden. Austragungsort sind die Messehallen in der Hamburger Innenstadt im Wohngebiet von St. Pauli. Die Herrschenden dieser Welt werden dabei begleitet von tausenden Delegationsmitgliedern und Journalist*innen, beschützt durch eine Armee aus Polizei, Geheimdiensten und Militär. Durch die Einbindung von internationalen Verbänden und NGO's wird der Anspruch formuliert, weitreichende Entscheidungen zu treffen. Nach außen hin geben sich die deutschen Veranstalter*innen einen sozialen Anstrich, die Leitthemen sollen Frauen, Flucht und Gesundheit sein. Dies sind populistische Nebelkerzen, denn grundsätzlich geht es beim G20 um die Aufteilung der geopolitischen Interessenssphären und Machtansprüche und um die Koordinierung der weltweiten Ausbeutung.

Der G20-Gipfel ist dabei kein Treffen, welches einen Großteil der Menschheit repräsentiert, sondern ein Treffen bürgerlicher Regierungen, autoritärer Regimen, Folterstaaten und kriegführender Militärblöcke, die alle die globale Ausbeutung vorantreiben. Der Gastgeber Deutschland ist neben China einer der großen Gewinner der Globalisierung der letzten 25 Jahre. Der G20-Gipfel im Juli 2017 müsste also heißen: "Zu Gast bei Siegern". Hamburg und sein Hafen als vermeintliches „Tor zur Welt“ lassen dabei die Blutspuren der internationalen Ausbeutung von ihren Mauern abtropfen. Dieser Gipfel dient der Aufrechterhaltung einer Weltordnung, die für diverse kriegerische Konflikte, weit verbreitete Armut und über 60 Millionen Menschen auf der Flucht verantwortlich ist, und auch dafür, dass zunehmend mehr Menschen auf ihrer Flucht sterben.

Das globale kapitalistische Regime schlägt seit der Finanzkrise von 2008 eine neue Richtung ein: Die Globalisierung, d.h. der Warenaustausch, die Vernetzung der Produktionsbeziehungen und der Umfang der grenzüberschreitenden Investitionen der multinationalen Konzerne, erlahmen. Der Abschluss

internationaler Freihandelsverträge in Ostasien und zwischen Europa und den USA stockt. Die Vereinbarung weltweiter Handelsabkommen im Rahmen der WTO wurde schon davor aufgegeben. Dies geht einher mit im weltweiten Maßstab halbierten Wachstumsraten. Vor der Finanzkrise hat die Mehrheit der kapitalistischen Kernländer, wenn auch ungleich verteilt, von dem allgemeinen Wachstumsschub der Globalisierung profitiert. Seit der Finanzkrise sind insbesondere die rohstoffexportierenden Schwellenländer (u.a. Brasilien, Russland, Südafrika), aber auch die Länder der „Ersten Welt“ mit großen Handelsdefiziten und stark geschrumpfter Industrieproduktion (wie England, Italien, Griechenland etc.) von wirtschaftlichen und politischen Krisen betroffen.

Zerfall der Globalisierung?

Unter diesen Voraussetzungen sind nur noch wenige wirtschaftliche Wettbewerbsstrategien erfolgreich, wie der Rückzug auf einen großen Binnenmarkt à la USA und China oder die massive Steigerung der Exporte (wie bei Deutschland, den Niederlanden oder Schweden) auf Kosten der Industrien anderer Länder. Diese Strategien sollen durch Handelsabkommen wie CETA und TTIP abgesichert werden. Länder, denen diese Möglichkeiten verwehrt sind, die aber noch als Absatzmärkte fungieren sollen, reagieren darauf zunehmend mit Protektionismus und soweit ihnen dies möglich ist, mit der Abwertung ihrer Währungen, um wiederum ihre Handelswaren auf dem Weltmarkt günstiger anbieten zu können. Solcherart Handelskriege nehmen zu. Die Einigkeit unter den kapitalistischen Kernstaaten wird brüchiger, der Ausgleich unter den G20-Ländern deutlich geringer.

In den weltweiten Armutsregionen des Trikonts stehen ökonomische Mittel der Verteidigung erst gar nicht zur Verfügung. Die massenhafte Verarmung und soziale Vereinzelung und Unterdrückung schlagen wie im Arabischen Frühling in regionale Aufstände oder religiös verbrämte Repression der islamistischen Bewegungen um. Die lokal herrschenden Cliques lassen im Gegenzug nicht nach, verschärfen die

Ausbeutung und den polizeistaatlichen Zugriff. Wenn auch das zu keiner Befriedung führt, mündet die Repression in lang anhaltende Bürgerkriege. „Regime Change“ is over – das alte Konzept der G7/G8 ist gescheitert. Der Westen versucht nicht mehr, wie bei den Kriegen in Afghanistan, Irak oder Libyen, Aufstände mit westlichen Militärinterventionen zu ersticken oder unbotmäßige Regime zu beseitigen, um dadurch eine neue Ordnung zu etablieren. Die Konflikte werden regionalen Stellvertreter*innen überlassen – wie der Bürgerkrieg im Jemen einer saudiarabischen Intervention – und ansonsten, wie in Irak und Syrien mit überwiegend informellen Interventionen eingeehgt. Es wird auf einen "Gated Capitalism" gesetzt, der sich auf die verbliebenen Wachstumsinseln konzentriert und die Armen und Geschundenen vor seinen Küsten und Zäunen ertrinken und verrecken lässt.

Da das Wachstums- und Wohlstandsversprechen auch für viele Menschen in den Metropolen nicht mehr realisiert wird und sich dabei der staatliche und gesellschaftliche Regulationsrahmen verschiebt, feiern Rechtspopulismus, militanter Nationalismus und autoritäre Lösungsmuster in der EU, den USA oder Asien neue Erfolge. Gefordert wird nicht nur wirtschaftspolitischer Protektionismus, sondern auch der Rauschmiss von Migrant*innen einschließlich der Errichtung von Grenzzäunen. Nach innen gerät alles unter Verdacht, was nicht ins nationalistische oder religiöse Muster passt, was queer oder nur nonkonformistisch ist. Eine solche Analyse ist jedoch nicht als ökonomisierende Verelendungsableitung zu verstehen. Die jüngst erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien werden zwar überwiegend von weißen Männern aus den unteren Klassen unterstützt, gleichzeitig sind diese Bewegungen aber auch in den wohlhabenden und ökonomisch siegreichen Staaten des europäischen Nordens und Ostens erfolgreich. Vielfach handelt es sich um einen schon in Generationen gewachsenen Rassismus ohne konkretes Objekt oder konkrete Bezugspunkte, d.h. ohne eine nennenswerte Anzahl an Geflüchteten im Land oder real drohenden Arbeitsplatzver-

lust. Wir stellen uns gegen die Internationale der Rechtspopulisten: von der xenophoben Abschottungspolitik des ungarischen Orban-Regimes, dem rassistisch motivierten Brexit, dem rassistischen Weltbild der AfD in Deutschland oder des Front National in Frankreich, dem islamistischen Nationalismus des türkischen AKP-Regimes bis zum Wahlsieg des Chauvinisten Donald Trump.

Krieg als ein Mittel der herrschenden Politik

Krieg und Kapitalismus gehören zusammen. In der historischen Betrachtung waren Kriege immer wieder Teil einer kapitalistischen Krisenbewältigungsstrategie. Der jahrzehntelange Status quo des Kalten Krieges hat diese Logik zwischen den Industrienationen des Westens und Ostens vorübergehend außer Kraft gesetzt und als Stellvertreterkriege in den Trikont verlagert. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks haben sich für die kapitalistische Krisen- und damit Kriegslogik neue Spielräume eröffnet. Das neoliberale Regime hat seit 1989 zu neuen globalen Strategien zur Erschließung von Absatzmärkten und Sicherung von Ressourcen für die führenden Industrienationen geführt.

Zur Sicherung ihrer Macht- und Einflussphären und zur Durchsetzung ihrer ökonomischen Interessen greifen die Regierungen der kapitalistischen Kernländer immer häufiger auf militärische Optionen zurück. Widersprüche und Konkurrenzen werden nicht mehr nur durch Implementierung von Handelsabkommen und einer kapitalorientierten Zoll und Fiskalpolitik – verbunden mit einer entsprechenden Währungs- und Kreditpolitik, bewältigt – sondern münden immer öfter in eine militärische Eskalation.

Nicht zufällig sind nahezu alle am G20 beteiligten Staaten direkt oder indirekt in aktuelle kriegerische Auseinandersetzungen involviert. Egal ob Stellvertreterkriege, vermeintliche Polizeiaktionen oder „friedenssichernde“ militärische Maßnahmen – all das sind nur viele Worte für Krieg, Tod und Zerstörung. Verhindert werden zur Zeit ‚noch‘ einzig militärische Auseinandersetzungen zwischen den führenden Kernstaaten politischer Macht.

Dass das nicht immer so bleiben muss, deutet sich in der zunehmenden Eskalation zwischen NATO und Russland an. Auf die aggressive NATO-Osterweiterung reagiert das russische Regime mit massiver Aufrüstung und bedroht die ehemaligen Sowjetrepubliken, die sich NATO und EU angeschlossen haben. Russland steht infolge der kapitalistischen Konkurrenzdynamik und der ökonomischen Sanktionen vor ernststen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Der Krieg in der Ukraine spielt sich im Rahmen kapitalistischer Konkurrenzlogik zwischen der EU und Russland ab und ist Ausdruck des Ringens um Macht, Einflussphären und Absatzmärkte.

Der mörderische Krieg in Syrien ist ein Beispiel für die kapitalistische Ausweglosigkeit aus der Kriegslogik. Für Russland geht es um die Behauptung des schwindenden Einflusses im neu geordneten Nahen Osten nach dem Arabischen Frühling. Für die USA und die EU ist der Syrien-Konflikt einerseits Teil des Krieges gegen islamistische Bewegungen und andererseits Mittel zum Erhalt der Machtbasis und zur Bekämpfung Russlands als Rivalen. Die Regionalmacht Türkei nutzt die Situation, um eigene Interessen im Kampf gegen die kurdische Bewegung sowie die islamistische und laizistische Opposition, aber auch regionalpolitische Ansprüche durch militärische Interventionen in Syrien durchzusetzen. Die Beendigung des eigentlichen Konfliktes und ein Ende des Sterbens mit einer Perspektive der Menschen in Syrien für einen Frieden spielen in den Überlegungen der politischen Mächte keine Rolle. Der Tod und die Vertreibung zehntausender Menschen werden dabei bewusst in Kauf genommen.

Deregulierung und Destabilisierung

Mitte der 1970er Jahre kam das kapitalistische Vergesellschaftungsmodell der Nachkriegszeit in die Krise. Diese Entwicklung führte dazu, dass sich ein neoliberales Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell durchsetzte, das auf die Deregulierung der Märkte und eine Politik der Privatisierung – auch in den Bereichen Bildung und staatliche Daseinsvorsorge – setzte und die Menschen weltweit mit einem Glücksver-

sprechen von Reichtum und Prosperität einzufangen versuchte. Diese Seifenblasenidee einer quasi kooperativen Weltregierung und einer gemeinsamen Weltinnenpolitik als angebliche Politik der Friedenssicherung war aber tatsächlich begleitet von Aufrüstung nach außen und nach innen. Ideologisch war damit die Durchsetzung von Militarisierung als eine Option politischen Handelns verbunden. In diesem Zusammenhang ist auch die Formierung der EU als militarisierter politische Macht zu sehen, die als Akteurin für die Interessen der europäischen Kernstaaten unter der Führung der Hegemonialmacht Deutschland seit etwa dem Jahre 2000 in die Lage versetzt wurde, weltweit militärisch intervenieren zu können.

Die Durchsetzung neoliberaler Strategien ist und war in den letzten 25 Jahren von Kriegen geprägt: Die Zerschlagung des ehemaligen Jugoslawiens, die Destabilisierung der ehemaligen Sowjetunion und verschiedene Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent haben ihre Ursache in der Eroberung und aggressiven Sicherung von Absatzmärkten bzw. der Ausbeutung von Ressourcen. Die Spanne dieser militarisierten Politik reicht von „Low intensity warfare“-Konflikten über Bürgerkriege bis hin zu offenen militärischen Interventionen weltweit. Allen gemein ist im Ergebnis die Zerstörung alter Systeme von Gesellschaften und Ökonomien, die dem neoliberalen Allmachtsanspruch entgegenstehen. Für die betroffenen Menschen bleibt als Folge dieser Politik weltweit häufig nur die Flucht.

Die Destabilisierungsstrategien führen zu reaktionären Gegenbewegungen, die den westlichen kapitalistischen Interessen entgegenstehen. Logische Konsequenz sind militarisierte Konflikte als Resultat der eigenen neoliberalen Wirtschafts- und Expansionspolitik der kapitalistischen Kernstaaten. Islamistischer Terrorismus und die daraus resultierenden Fluchtbewegungen sind im Kern Konsequenz dieser Destabilisierungspolitik, die die Gesellschaften in einen andauernden Kriegszustand versetzen.

Die Militarisierung politischen Handelns im Äußeren führt auch zu einer

Militarisierung im Inneren und damit zu einer Veränderung westlicher Gesellschaften. Die Akzeptanz, soziale und ökonomische Konflikte repressiv polizeilich oder gar militärisch auch im Inneren zu lösen, nimmt mehr und mehr zu. Die durch die hegemoniale Außenpolitik geschaffene Eskalation wird zum Argument der Aufrüstung im Inneren. Die Verschärfung der Außenpolitik hat ihre Entsprechung in einer Forcierung der gesellschaftlichen Widersprüche im Inneren. Der gesellschaftlichen Verarmung und der zunehmenden Kluft zwischen Arm und Reich soll nicht mehr durch angebliche Vollbeschäftigung und ein Wohlstandsversprechen für alle begegnet werden, sondern durch eine repressive Politik der Aufstandsbekämpfung nach innen verwaltet und beherrschbar gemacht werden.

Parallel dazu wird die neoliberale Globalisierung abgelöst durch eine neue Phase strategischer Reorganisierung des weltweiten kapitalistischen Systems. Die Krisenbewältigung nach der Wirtschaftskrise zeigt sich in einem äußerlichen Zerfall der Globalisierungsidee eines gemeinsamen Marktes. Dieser Bruch führt zu Nationalismus, Protektionismus und der Entwicklung einer erhöhten Konfrontationsbereitschaft auch zwischen den hegemonialen kapitalistischen Kernstaaten. Ihre Politik ist Krieg, ihre Perspektiven sind Konkurrenz und Ausbeutung. Werte wie Frieden, Menschenrechte, ökonomische Gerechtigkeit und ein verantwortlicher Umgang mit den Ressourcen dieser Welt sind Hindernisse für die freie Entfaltung kapitalistischer Wertungsinteressen.

Unser Widerstand ist vielfältig und unberechenbar

Wenn die Vertreter*innen und Verwalter*innen der herrschenden (Un-)Ordnung sich mitten in Hamburg spektakulär in Szene setzen wollen, setzen wir ihnen unsere Aktionen des trans- und internationalen Widerstands, unsere Vorstellungen einer lebenswerten Welt entgegen!

Vergleichbare Gipfel der Herrschenden liefen ab Ende der 1990er Jahre nicht mehr ohne uns und ungestört ab. Seat-

le, Genua, Göteborg und Prag gingen nicht als erfolgreiche Gipfel, sondern als starke Momente des antikapitalistischen Widerstands in die Geschichte ein. Die Proteste und Aktionen führten dazu, dass die G7/G8-Gipfel der darauf folgenden Jahre in Europa nicht mehr in größeren Städten ausgetragen wurden, weil sie mit unserem Kommen zu rechnen hatten. Stattdessen verlegten sie ihre Treffen in abgeschottete Luxushotels, möglichst weit weg von städtischer Infrastruktur, um Proteste auf Abstand zu halten.

Nun soll wieder ein großer Gipfel der Staats- und Regierungschef*innen in einer europäischen Großstadt, in Deutschland, stattfinden. Es wird unsere Aufgabe als radikale und antikapitalistische Linke sein, zusammen mit vielen weiteren Menschen dieser Auf-führung der Macht in Hamburg ganz praktisch entgegenzutreten und unsere Vorstellungen einer gerechteren und solidarischen Gesellschaft entgegenzusetzen.

Momente des Kennenlernens

Die Gipfelmobilisierungen in den 2000er Jahren waren wertvolle Momente des Kennenlernens und der Zusammenarbeit linker und antikapitalistischer Gruppen und Netzwerke aus ganz Europa und weltweit. Wir machten gemeinsame Erfahrungen und kämpften zusammen, wir saßen auf internationalen Treffen, wurden von Bullen, unterstützt vom Militär, angegriffen, sammelten unsere Kräfte und schlugen zurück. Die globalisierungskritische Bewegung hat sich verändert, doch unsere Netzwerke haben Bestand. Wir sind lokal aktiv in unseren Regionen, Städten, Dörfern und Wäldern. Aber wir kämpfen auch transnational. Immer wieder kamen wir zusammen – in Rostock/Heiligendamm, Straßburg, Athen, Kopenhagen, im Wendland, in Paris, Mailand und Frankfurt.

In den letzten Jahren haben wir uns auf unterschiedlichste Weise transnational vernetzt: Gegen die EU-Austeritätspolitik, insbesondere in Griechenland, aber auch in Spanien, Portugal, Irland oder Frankreich haben wir solidarischen Widerstand geleistet. Die widerständigen Platzbesetzungen, Streiks, Demonstra-

Dies ist eine Einladung an unsere Genoss*in-nen, Gefährt*innen und Freund*innen von nah und fern: Kommt Anfang Juli 2017 zu den Protesten gegen den G20-Gipfel nach Hamburg! Die radikale Linke hat den Herrschenden in vielen Kämpfen die Stirn geboten: Wir bleiben vielfältig, solidarisch und unberechenbar. Unsere sozialen Zentren, gerade auch in der Nähe des Austragungsortes des Gipfels, werden Anlaufpunkte für unseren Austausch und die Formierung des Widerstandes sein. Im Gegensatz zur bürgerlichen Opposition werden wir den Herrschenden keine Alternativen vorschlagen, um das kapitalistische System am Leben zu erhalten. Wir sind solidarisch mit allen emanzipatorischen Kräften, die gegen den Gipfel in Hamburg auf die Straße gehen. Und wir werden selbst bestimmen, welche Aktionsformen für uns politisch angemessen und vermittelbar sind.

tionen, Enteignungen oder Hausbesetzungen waren zwar überwiegend von den Bewegungen vor Ort getragen. Aber der Austausch und das Lernen voneinander hat an Kraft und Kontinuität gewonnen. Gerade auch die Aktionen der No-Border-Camps zu den Flüchtlingslagern und -routen haben und hatten einen internationalistischen und transnationalen Charakter. Wir waren längst nicht mit allem erfolgreich, aber es ist zumindest für den europäischen Raum selbstverständlich geworden, dass wir den transnationalen Blick, die transnationale Aktion und Organisation suchen. Ein solcherart verstandener Internationalismus ist so heterogen und plural wie die Bewegungen, die darin agieren. Keine/r der Aktiven ist nur ein Opfer der Verhältnisse, wenn wir uns gemeinsam und selbstbestimmt zur Wehr setzen.

Der kommende Gipfel in Hamburg steht in seiner ganzen Form symbolisch und praktisch für vieles, was wir fundamental ablehnen. Die Charaktermasken sind austauschbar, aber sie sind real. Mit den geplanten Aktionen in Hamburg wollen wir unmissverständlich klarmachen, dass wir ihre Politik von

Krieg, Terror und Ausbeutung bekämpfen! Wir suchen den symbolischen und praktischen Bruch mit der herrschenden Ordnung – gemeinsam mit vielen Aktivist*innen aus ganz Europa. Wir wollen den reibungslosen Ablauf der Gipfel-Inszenierung in Hamburg stören und blockieren. Wir wollen Handlungsspielräume öffnen und nutzen, um vielfältig, massenhaft und unberechenbar gegen den G20-Gipfel aktiv zu werden. Schon jetzt ist klar, dass sie zur Verteidigung ihres Spektakels tausendfach Militär, Polizei und diverse Geheimdienste einsetzen werden.

Mit der Arroganz der Macht soll das alles in den belebten Innenstadtquartie-

ren von Hamburg stattfinden, nur ein paar Steinwürfe entfernt von der Roten Flora und mehreren anderen linken Zentren.

Die Menschen müssen nur vor ihre Wohnungen treten, um in der roten Zone oder bei einer Aktion zu sein

Die radikale Linke in Hamburg hat seit 15 Jahren gegen eine kapitalistische Stadtentwicklung und für ein „Recht auf Stadt“ für alle Menschen gekämpft. Unsere stadtpolitischen Kämpfe gehen nicht nur auf die Hausbesetzungen der 70er Jahre oder den erfolgreichen Kampf um die Hafenstrasse in St. Pauli und die Rote Flora zurück. Wir haben diese Kämpfe verknüpft mit dem Kampf

gegen die Prekarisierung unserer Jobs und gegen die steigenden Mieten, für die Freiheit von Bauwagenplätzen wie etwa Bambule, mit der Flüchtlingsbewegung Lampedusa in Hamburg oder gegen flächendeckende Gefahrengebiete zur Aufstandsbekämpfung. Diese Erfahrungen haben wir gemacht, sie sind lebendig und wir werden darauf zurückgreifen. Und wir wissen, wir werden uns den städtischen Raum auch zum Gipfel aneignen. Die Repression wird dies nicht verhindern können, wenn wir viele sind und unberechenbar bleiben. Es wird kein ruhiges Hinterland geben.

von: g20tohell.blackblogs.org

**KOMMST DU
MIT MIR INS
GEFAHRENGEBIET?**

"Hey, ihr Abschiebe-Helfer: Verweigert den Befehl!"

Offener Brief an die Polizisten, die Abschiebungen durchführen.

Liebe Polizisten, wir mögen Euch nicht. Und Ihr mögt uns nicht. Das ist normal so, denn wir stehen für ein ganz unterschiedliches Konzept von Zusammenleben und Gesellschaft. Aber nehmt Euch doch die fünf Minuten und hört uns zu. Denn unabhängig davon, was wir voneinander halten, könnte es doch sein, dass Ihr dieses eine Mal versteht, was wir Euch zu sagen haben.

Ihr alle kennt das Szenario: Ihr holt jemanden aus seiner Wohnung, manchmal auch Kinder aus Jugendeinrichtungen. Irgendeiner Eurer Chefs hat Euch gesagt, dass diese Menschen weg müssen, also macht ihr Euch daran, sie weg zu bringen. Manchmal ergeben sich diese Menschen ihrem Schicksal, sind still und „kooperieren“, wie Ihr das wohl nennt. Andere schreien verzweifelt, oft in einer Sprache, die Ihr gar nicht versteht und über die sich die Rassisten unter Euch lustig machen. Manche wehren sich. Dann wendet Ihr Gewalt an, bisweilen tödliche.

Am Ende steckt Ihr die Menschen in Flugzeuge, die sie in Länder verbringen, in die Ihr Eure eigenen Familien um keinen Preis verschicken würdet. Warum eigentlich? „Das ist unser Job. Wir entscheiden nicht, wer bleiben darf und wer nicht. Wir tun nur unsere Arbeit“, werdet ihr Euch sagen und erzählt Ihr anderen, die Euch danach fragen. Denkt Ihr manchmal nach einem langen Arbeitstag darüber nach, was Euer Handeln für jene bedeutet, die zum Objekt

eurer Arbeit werden?

„Wir schicken ja niemanden in Kriegsgebiete zurück. Nur in sichere Länder“, werdet Ihr Euch einreden, wenn euch die Frage quält. Von „sicher“ sprecht Ihr? Ihr, die Ihr Kreuzberg oder St. Pauli für „unsicher“ haltet, meint, Afghanistan, Ghana, der Kosovo oder Ungarn seien „sicher“ für Geflüchtete? Nein, meistens meint Ihr das gar nicht. Denn eine eigene Meinung braucht Ihr nicht, Ihr habt ja Vorgesetzte, die Euch sagen, was Ihr zu meinen habt.

In Afghanistan könne man durchaus leben, denn es gebe auch „sichere Gebiete“, erklärt Euch Euer Dienstherr, Innenminister Thomas de Maizière. Der Mann, der sich nicht einmal in deutschen Universitäten ohne ein Großaufgebot an Bodyguards und Zivilpolizisten einfindet, muss es wissen. Schließlich war er schon in Sachsen Staatsminister des Inneren, später Verteidigungs- und Innenminister der Bundesrepublik. Er hatte also ein Drittel seines Erwachsenenlebens mit der Herstellung jener Form von „Sicherheit“ zu tun, die einen Großteil der Weltbevölkerung in absolute Unsicherheit wirft, um den Profiteuren eines barbarischen Systems das Gefühl von Ruhe, Wohlstand und Unversehrtheit zu gewährleisten.

Und Ihr? Wie gut dressierte Hunde dackelt Ihr dem Blödsinn hinterher, den Euch Eure Herren vorsagen. Lest Ihr manchmal selbst nach, wie es in den Ländern aussieht, in die Ihr Menschen „rückführt“? Wäre es „sicher“ für Euch und Eure Familien in Kabul? 26. Novem-

ber 2016: Bei einem Anschlag auf eine Moschee in Kabul sterben 27 Menschen. September 2016: Bewaffnete stürmen eine Hilfsorganisation in Kabul, wieder Tote und Verletzte. Am selben Tag: 24 Tote bei einem Autobomben-Anschlag. Juli 2016: Dutzende Menschen sterben bei einem Bombenanschlag auf eine Demonstration von Schiiten.

Das sind nur einige Nachrichten und diese kommen allein aus der als besonders „sicher“ geltenden Hauptstadt Afghanistans, Kabul. In anderen Provinzen gibt es offene Gefechte, Warlords und Taliban kontrollieren große Gebiete. Und das sind nur die offenkundig mit Krieg und Gewalt zusammenhängenden Gründe, da niemanden hinzuschicken. Darüber, wie sich jemand am Leben erhalten, Geld verdienen, Nahrung kaufen kann, haben wir noch gar nicht gesprochen.

Das ist also euer Beruf. Ihr schickt Menschen in die Hölle, weil es Euch jemand sagt, der im Rang höher steht als Ihr, und weil Ihr Geld dafür bekommt. Steht Ihr manchmal morgens vor dem Spiegel, schaut in Eure leeren Augen und fragt Euch: Was ist aus mir geworden? Träumt Ihr manchmal von den Familien, die Ihr im Balkan, in Afrika, in Griechenland oder Ungarn abladet? Oder seid Ihr schon so abgestumpft und verohrt, dass es Euch nicht kümmert?

„Was sollen wir denn tun“, werdet Ihr sagen. Verweigert den Befehl. Ihr habt das Recht auf Remonstration. Und selbst, wenn Euch irgendwelche Juristen sagen, es träfe aus diesem oder jenem Grund nicht zu: Verweigert den Befehl trotzdem. Denn am Ende des Tages wird es Euch das Gefühl geben, etwas Richtiges getan zu haben. Am Ende des Tages werdet Ihr feststellen, es ist ein gutes Gefühl, aus eigener Überzeugung und nicht auf Befehl zu handeln. Jedenfalls aber ist es ein besseres Gefühl, als zum bezahlten Mörder zu werden.

von: **Fatty McDirty**
aus lowerclassmag.com



Klassenkampf am Campus

unter_bau: Eine neue Gewerkschaft an der Frankfurter Uni will vom wissenschaftlichen Mitarbeiter bis zur Putzfrau alle Beschäftigten basisdemokratisch organisieren.

Unter_bau wurde in der letzten Woche gegründet und ist ein weiteres Beispiel für eine Basisgewerkschaft, die sich in Bereichen gründet, wo DGB-Gewerkschaften entweder nie vertreten waren oder an Hegemonie verloren haben.

Peter Nowak sprach mit den Pressesprecher_innen von unter_bau Anna Yeliz Schentke und Manuel Müller über den Zweck der neuen Gewerkschaft und ihrer Positionierung in der Gewerkschaftslandschaft.

1.) Was ist das spezifisch Gewerkschaftliche an Eurer Organisation?

Selbstverständlich hat der unter_bau vor, das gewerkschaftliche Kerngeschäft abzudecken. Deswegen macht er keinesfalls Halt vor tariflichen Auseinandersetzungen, die zu den grundlegenden Arbeitsfeldern einer Gewerkschaft gehören. Für uns heißt das, in alltäglichen Auseinandersetzungen neue Bildungspraktiken, Arbeitsbeziehungen und Entscheidungsstrukturen zu etablieren, die an die Stelle der alten Hochschulordnung treten können. Dies unterscheidet den unter_bau auch von etablierten Gewerkschaften, die keine

grundlegende Strukturänderung anstreben.

2.) Warum organisiert Ihr Euch nicht bei der GEW oder der Dienstleistungsgewerkschaft verdi?

Der unter_bau unterscheidet sich von seiner Struktur her stark von anderen Gewerkschaften, da ihm ein föderales Konzept zu Grunde liegt. Entscheidungen werden basisdemokratisch getroffen, mögliche Funktionärsstrukturen werden durch dieses Konzept ausgeschlossen. Es ist wichtig, dass es sowohl GEW, als auch ver.di gibt, um Arbeitskämpfe zu führen, allerdings ist das Selbstverständnis des unter_bau insofern weitreichender, als dass es politisch ist. Es geht über einfache Lohnpolitik hinaus, indem eine Einmischung in die Gestaltung der sozialen Umwelt programmatisch ist. Ziel ist eine Transformation der Universität, die nur durch ein Infragestellen der bestehenden Machtstrukturen umsetzbar wird. Der unter_bau will den Angehörigen der Universität die Möglichkeit bieten, sich durch statusgruppenübergreifende Solidarität aktiv, und orientiert an den eigenen Interessen und Forderungen,

einzusetzen. Sie müssen sich dadurch nicht schon bestehenden gewerkschaftlichen Strukturen unterordnen, sondern gelangen in die Position, selber eine neue Form von Arbeitskampf führen zu können.

3.) Ist eine Zersplitterung der Gewerkschaftslandschaft sinnvoll?

Die Gründung des unter_bau sollte unter keinen Umständen als Spaltungsmoment für die Gewerkschaftslandschaft betrachtet werden: Wir machen lediglich Gebrauch von dem Recht auf Gewerkschaftspluralismus und Koalitionsfreiheit, wie es allen Arbeitnehmer_innen gesetzlich zusteht. Von der Analyse und der Programmatik des unter_bau ausgehend, kann die Organisierung am Arbeitsplatz durch verschiedene Gewerkschaften, die kollegial und solidarisch miteinander arbeiten, nur begünstigt werden. Dies sollte, unserer Meinung nach, auch das Verständnis von gewerkschaftlicher Arbeit anderer Genoss_innen sein, um gemeinsam grundlegende Veränderungen am Arbeitsplatz zu ermöglichen. Die Gründung des unter_bau sollte daraus folgend keinesfalls als Zersplitte-



nung aufgefasst werden. Sie aktiviert Arbeitnehmer_innen, die sich durch die vorhandenen Organisationsangebote nicht angesprochen fühlen. Ein Blick auf die großen Verbände in anderen EU-Ländern zeigt, dass deren Basis häufig vielmehr Autonomie genießt, als wir es vom DGB kennen, und dass sie sich, über einfache Lohnpolitik hinaus, politisch in die Gestaltung der sozialen Umwelt einmischen. Das Setzen von Impulsen solcher unabhängigen Gewerkschaften, kann verborgene Kräfte sichtbar machen, die letztlich auch die etablierten Gewerkschaften befruchten können.

4.) Dann gibt es ja noch die Basisgewerkschaft Freie ArbeiterInnen-Union (FAU,) die auch eine Bildungssektion hat und ebenfalls sämtliche Beschäftigte in den Hochschulen in einer Gewerkschaft organisieren will. Kommt das nicht Euren Vorstellungen nahe?

Unser Konzept ist ganz klar von der FAU Berlin inspiriert, die in den Vergangenheit große Erfolge verbuchen konnte. Wir halten es nach unserem Selbstverständnis für unabdingbar, sich von Gewerkschaften und Organisationen, die innovative Inhalte haben, anregen zu lassen. Allerdings ist der unter_bau spezifisch auf die Angehörigen der Universität zugeschnitten. Im unter_bau sind einige FAU-, sowie DGB-Mitglieder organisiert, die keinen Widerspruch darin sehen, verschiedene Konzepte gewerkschaftlicher Organisation zu

unterstützen. Im Rahmen der Ausrichtung der Universität hin zur unternehmerischen Hochschule mussten wir feststellen, dass bildungspolitische Inhalte zunehmend in den Hintergrund rücken. Dieser Entwicklung möchte der unter_bau klar entgegenreten, indem er Gewerkschaftsarbeit und Politik zusammenbringt. Insgesamt wird der Anspruch der FAU vom unter_bau weitestgehend geteilt, trotz allem muss sich das Konzept des unter_bau, angepasst an die spezifischen Beschäftigungs- und Bildungsbedingungen an der Hochschule, unterscheiden.

5.) Kann sich auch eine Putzfrau und die Mensabeschäftigte an der Hochschule bei Euch organisieren?

Der unter_bau ist für alle Statusgruppen, die an der Universität beschäftigt sind, sowie für Studierende, offen. Die Universität unterscheidet sich von ihrer Struktur her stark von anderen Arbeitgeber_innen, sie beschäftigt die Arbeitnehmer_innen auf sehr unterschiedliche Weise. Viele Bereiche, wie zum Beispiel der Reinigungssektor oder das Sicherheitspersonal werden zu weiten Teilen von externen Dienstleister_innen abgedeckt. Häufig sind die Angestellten höchst prekären Beschäftigungsverhältnissen ausgesetzt. Studierende, Hilfskräfte, wissenschaftliches Personal und administrativ-technisches Personal arbeiten alle gemeinsam an der Universität. Es ist für alle Gruppen von Beschäftigten offensichtlich, dass nicht nur am eigenen Arbeitsplatz zu-

nehmend Ausbeutungsverhältnisse gefördert werden. Daraus ergeben sich auch gemeinsame Themenfelder für den Arbeitskampf, die bisher nicht ausgeschöpft wurden. Alle Statusgruppen leiden schlussendlich unter der Ökonomisierung der Hochschule, die sowohl in der Mensa, als auch in der Lehre und Wissenschaft ihr Hauptaugenmerk auf Effizienz gerichtet hat und die dadurch den eigentlichen Bedürfnissen der Menschen an der Universität widerspricht. Eine Trennung von akademischem und nicht-akademischen Personal und die damit einhergehende Hierarchisierung lehnt der unter_bau ab. Durch solidarische Zusammenarbeit können erst neue Dynamiken und Stärken ans Tageslicht kommen und ihre Schlagkraft entfalten.

6.) Was sind Eure konkreten Forde-



rungen und wie wollt Ihr sie erreichen?

Das Ziel ist eine soziale Hochschule in basisdemokratischer Selbstverwaltung: Ihre Angehörigen sollen gleichberechtigt entscheiden und ihr Profil nicht von wirtschaftlichen Interessen bestimmt sein. Ein solches Ziel erfordert eine Gewerkschaftspolitik, die Tageskampf und grundlegende Veränderung zusammen denkt. Grundsätzlich geht es darum, Einfluss auf Alltag und Struktur der Hochschule zu nehmen, sowie kontinuierlich Erfahrung aus Arbeitskämpfen weiterzugeben. Dadurch soll eine Gegenmacht entstehen, mit der sich die Herrschaftsstrukturen an der Hochschule aufbrechen lassen,

sodass alternative Strukturen Raum greifen können. Arbeitsbedingungen werden prekariert und Stellen abgebaut, Arbeiten outgesourct und Belegschaften gespalten, Zwang im Studium erhöht und kritische Inhalte verdrängt, die soziale Selektion verschärft und Bildung der Verwaltung von Humankapital unterworfen. Aus diesen Zuständen ergeben sich für uns unter anderem folgende konkrete Forderungen: Wiedereingliederung von outgesourcten Arbeitsplätzen, Tarifverträge für alle Beschäftigtengruppen, mehr Raum für kritische Studieninhalte, die nicht nach rein ökonomischen Interessen ausgerichtet sind. Dazu gehören auch die Forderungen nach mehr unbefristeten

Stellen, insbesondere im Mittelbau und einer ausreichenden Finanzierung aller Fächer. Dies lässt sich nur verwirklichen, indem wir die Probleme an der Wurzel packen und damit die Hochschule zu einer grundlegenden Veränderung ihrer Struktur drängen. Dies soll Antrieb und Anfangspunkt für eine gesamtgesellschaftliche Transformation sein.

ein Interview von Peter Nowak mit den Pressesprecher*innen von unter_bau Anna Yeliz Schentke und Manuel Müller

aus: der Freitag

Internationale Herdenking * Kundgebung



Esterwegen 6 mei * 06. Mai 2017
Begraafplaats Esterwegen aan de B 401 15 uur
Begräbnisstätte Esterwegen an der B 401 15.00 Uhr

Sprekers * Redner

Prof. Dr. Wolfgang Beutin
Literaturwissenschaftler (Uni Bremen)

Jan IJsink
anti fascistische oud verzetsstrijders nederland /
bond van anti fascisten, Den Haag

Margret Rest
Tochter des Moorsoldaten Willi Rattai

Cultuurprogramma * Kulturprogramm

Agitprop
Hannover

Am Samstag, den **06. Mai**, findet an der Begräbnisstätte Esterwegen die jährliche Gedenkveranstaltung der *Deutsch-niederländischen Initiative 8. Mai* zum Jahrestag der Befreiung und des Kriegsendes statt.

Auf der Begräbnisstätte sind zahlreiche Opfer des Nationalsozialismus, die in den Lagern Börgermoor, Esterwegen und Neusustrum umgekommen sind, bestattet. Bei der Gedenkfeier haben viele Jahre auch immer wieder ehemalige Lagerinsassen gesprochen. In diesem Jahr hat die Initiative Prof. Dr. Wolfgang Beutin, Literaturwissenschaftler an der Uni Bremen, den niederländischen Antifaschisten Jan IJsink sowie Margret Rest, Tochter eines ehemaligen Moorsoldaten eingeladen. Aus Hannover kommt die Gruppe Agitprop.

Die Gedenkveranstaltung beginnt um 15.00 Uhr. Auch in diesem Jahr möchten wir mit vielen Leuten zu dieser Gedenkfeier fahren. Zusätzlich wird es die Möglichkeit geben, davor die Gedenkstätte Esterwegen zu besuchen und dort an einer Führung teilzunehmen. Los geht es um **10.00 Uhr** mit einem Bus ab dem Alhambra, Hermannstr. 83 in Oldenburg. Tickets für Bus und Gedenkstättenführung gibt es bei einer **Info-Veranstaltung am 26. April um 20.00 Uhr** (Uni-Oldenburg, A01 0-010a) sowie donnerstags im Infoladen „roter strumpf“ im Alhambra (geöffnet von 18.00 bis 21.00 Uhr).



Wie ihr sicherlich erinnert, haben wir in der letzten Ausgabe die technologie- und herrschaftskritische Konferenz “Das Leben ist kein Algorithmus”, die im vergangenen Oktober in Köln stattfand, beworben. Sehr zeitnah fanden auch weitere auf das Thema Technologiekritik bezogene Veranstaltungen statt. “reproduce(future)”, der 4.Kongress des ‘...ums Ganze!-Bündnis’ in Hamburg und die “Unboxing - Algorithmen, Daten und Demokratie”-Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin statt.

Das Thema brennt offenbar zurecht vielen linken Gruppen unter den Nägeln. Neben dem Grund, dass Technologie und Digitalisierung längst in der Realität angekommen sind und wie TOP B3rlin sagt “Viele Linke sind meistens noch immer eher so Windows 98” treten auch zwei sehr unterschiedliche Strömungen in Erscheinung. Die auf keinen Fall neu auftretenden Positionen zur Bewertung von Technologie, vereinfacht ausgedrückt zur Erreichung einer befreiten Gesellschaft, könnten auf den ersten Blick ungleicher nicht sein. Auf der einen Seite steht die Auffassung, dass Technik ein vieles im Leben erleichterndes emanzipatorisches Potential birgt, wir uns aber nur von der kapitalistischen Zurichtung befreien

müssen. Diese trifft auf die Auffassung von Technik als Herrschaftsverhältnis, das dazu da ist, die Gesellschaft zu dominieren bzw. zu unterjochen. Stattdessen solle mensch sich “gegen den technologischen Angriff wehren” (Konferenz: „Das Leben ist kein Algorithmus“, Köln).

Selbstverständlich sind die Positionen nicht derart schwarz-weiß, allerdings gibt es deutliche Tendenzen der einzelnen linken Strömungen. Wir sind gespannt, inwiefern beide Seiten sich hier annähern können. Als Redaktion wollen wir das Thema gerne weiterverfolgen und euch Ausschnitte aus den Debatten abdrucken. Natürlich wollen wir damit auch anstiften, euch verstärkt oder weiterhin mit dem Thema zu beschäftigen. Einige Broschüren, aus denen wir auch Artikel abdrucken möchten, sind erschienen. Dazu zählen die digital und online erhältlichen

- “Disconnect”, die Broschüre zur “Das Leben ist kein Algorithmus”-Konferenz,
- Die Ausgabe 27 des “autonomen Blättchens”, die sich in einigen Artikeln mit diesem Thema beschäftigt,
- “The Communist Guide to Technology” - Von den “Gruppen für den organisierten Widerstand (GROW)” aus

Hamburg, Mitveranstalter*innen der reproduce(future)-Konferenz,

- “Keine Zukunft ist auch keine Lösung – eine Broschüre zu Digitalisierung und Kommunismus” von Theorie.Organisation.Praxis (TOP) B3rlin

Wir starten hier mit einem (kritischen) Rückblick auf die Konferenzen in Köln und Hamburg, das wir aus dem autonomen Blättchen (27) übernommen haben. Aus „Disconnect“ drucken wir „Von der totalen Erfassung zur Manipulation ab“. Wir freuen uns über Beiträge in Form von Kommentaren, Analysen oder Aufrufen zu dem Thema.

Euer Redaktionskollektiv

"Leben ist kein Algorithmus" und "reproduce(future)"

Lange hat die radikale Linke die bevorstehenden gesellschaftlichen Umbrüche „im Rahmen der Digitalisierung“ ignoriert. Jetzt gab es gleich zwei gut besuchte Konferenzen, die dem Thema mehrere Tage widmeten. In Köln trafen sich Anfang Oktober etwa 300 Menschen unter dem Titel „Leben ist kein Algorithmus“ [bigdata.black-blogs.org]. Die Konferenz war eher autonom und eher Ü30 geprägt. Im November trafen sich in Hamburg rund 500 Linksradikale aus dem umsganze-Spektrum [techno.umsganze.org]. Hier war der Altersdurchschnitt mit U30 glücklicherweise deutlich niedriger.

Die Einladungs-Reader beider Konferenzen konnten unterschiedlicher nicht sein. Während die Kölner Konferenz einen „technologischen Angriff“ diskutierte und sich auf die Suche nach einer praktischen Technologiekritik zu dessen Abwehr begab, lancierte TOPBerlin für die Hamburger Konferenz einen Text, der (in Teilen) den beschleunigten technologischen Fortschritt herbeisehnt, da TOPBerlin darin bessere Bedingungen sehen, die kapitalistische Haut als äußere Eigenschaft einer ansonsten begrüßenswerten Technologisierung revolutionär abzustreifen. Bereits im Vorfeld hatte Detlef Hartmann zu dieser Sichtweise eine kritische Stellungnahme mit der Warnung vor einer linkslegitimierten Technokratie auf der „falschen Seite der Barrikade“ verfasst. (Wir hoffen das autonome Blättchen druckt diesen Text zur weiteren Diskussion ebenfalls ab*). Letztlich schien diese marxistisch-orthodoxe Interpretation der „begrüßenswerten Produktivkraftsteigerung“ durch die Technologie wenig richtungsweisend für die weiteren Schritte beim Kampf ums Ganze zu haben.

Denn auch in Hamburg wurde praktisch-kritisch über die Maschinisierung von Arbeit und Leben diskutiert. Auch in Hamburg gab es sehr wohl praktische Ansätze hinsichtlich der Eingriffsmöglichkeiten in eine notwendigerweise immer höher-frequente Logistik z.B. im Hamburger Hafen im Rahmen der bevorstehenden G20-Proteste.

Sowohl in Köln, als auch in Hamburg wurden anhand der jeweiligen Beispiele San Francisco und London die verheerenden Folgen einer Smartifizierung der Metropolen diskutiert.

Ein Bevölkerungsaustausch: smarte Eliten, statt weniger solvente Unter- und Mittelschichtsbevölkerung fordert auch in anderen Ballungszentren Anti-Vertreibungskämpfe heraus.

Beide Konferenzen sind in gewisser Weise aber auch hinter ihren Möglichkeiten in Bezug auf eine Organisierung des Widerstands zurück geblieben. Es war deutlich, dass sich das jahrelange Diskussions-Vakuum zu diesem Thema nicht ad-hoc auflösen lässt. Noch immer herrscht in vielen Köpfen die Vorstellung, es gehe im wesentlichen um „Überwachung“ im Sinne einer Orwell'schen, vornehmlich staatlichen Repression. Um die Wirkungsweise technokratisch durchgesetzter Lenkungsmechanismen zu durchdringen und zu fassen, muss offenbar noch viel diskutiert werden. Um die Feinde der Autonomie gesellschaftlich wahrnehmbar anzugreifen, muss vermutlich noch viel mehr diskutiert werden. Gut dann lasst uns das tun. Wie immer verschränkt mit den ersten praktischen Gehversuchen - nicht zukünftig, sondern jetzt!

Auf beiden Konferenzen wurde ein praktischer Vorschlag einer Unterstüt-

zung der streikenden Amazon-Belegschaft gegen die algorithmische Fremdbestimmung ihrer Arbeit (Amazons lernende Lagersoftware schreibt Tempo und Ablauf aller Arbeitsschritte bis ins kleinste Detail vor) diskutiert:

Zeitgleich zum Streik rund um den vorweihnachtlichen Black-Friday 2017, dem Amazon Schnäppchen-Tag, blockieren wir von außen einen Standort. Hier bietet sich z.B. das Innenstadt-Verteilzentrum im Kudamm-Karree Berlin an. Amazon garantiert eine Zustellung der dort lagernden Produkte innerhalb von zwei Stunden (für Prime-Kunden sogar innerhalb einer Stunde). Eine in den engen Seitenstraßen angreifbare Garantie! Begleitet von weiteren analogen und digitalen Widerständen lässt sich vielleicht die seit vier Jahren fortwährende Ignoranz von Amazon gegenüber seiner Kritiker*innen aufbrechen. Wir haben elf Monate Zeit, den Vorschlag zu diskutieren und Amazon einen wirklich schwarzen Freitag zu bescheren.

Auf in die nächste Runde - auf dem anarchist square des Chaos Computer Congress (27.-30.12.16) in HH zum Jahresende wird weiter diskutiert - leider ist der 33c3 mit über 12.000 Teilnehmer*innen vollständig ausgebucht. Schaffen wir weitere Orte der Diskussion - einige denken laut über eine internationale Sommeruni Anfang September 2017 nach - wir halten euch auf dem Laufenden!

aus: Autonomes Blättchen (gibts im Infoladen und digital) von einigen überregional Diskutierende

Von der totalen Erfassung zur Manipulation

Wer bekommt welche Informationen in der allways-on Gesellschaft?

„The world is not sliding, but galloping into a new transnational dystopia. This development has not been properly recognized outside of national security circles. It has been hidden by secrecy, complexity and scale. The internet, our greatest tool of emancipation, has been transformed into the most dangerous facilitator of totalitarianism we have ever seen. The internet is a threat to human civilization. These transformations have come about silently, because those who know what is going on work in the global surveillance industry and have no incentives to speak out. Left to its own trajectory, within a few years, global civilization will be a postmodern surveillance dystopia, from which escape for all but the most skilled individuals will be impossible. In fact, we may already be there.“

(Cypherpunks, Freedom and the Future of the Internet, 2012 – vor den Snowden Enthüllungen)

Unsere über das Handy übermittelten Standorte markieren für uns „gewöhnliche“ Orte. Der über Kredit-, EC- oder Payback-Karte protokollierter Geldverbrauch hinterlässt ebenfalls eine individuelle Alltagssignatur in Höhe, Ort und Verwendungszweck unserer Ausgaben. Telefon, Email, Twitter und facebook liefern ein nahezu vollständiges Soziogramm unserer Kontakte: Eine einfache Software stellt die Frage „Wer ist mit wem wie intensiv verknüpft?“ grafisch dar. Stichwort- und semantische Analyse unverschlüsselter Kommunikation legen den Charakter der jeweiligen sozialen Beziehungen offen und liefern ganz nebenbei unseren typischen „Sprachabdruck“.

Schon eine Analyse weniger Monate bildet unser individuelles „Durchschnittsverhalten“ hinreichend präzise ab und macht das für jede von uns „normale“ Verhalten vorhersagbar. Abweichungen von diesem Verhalten sind leicht detektierbar und lösen gleichsam bei Schnüffelbehörden und ökonomischen Datenverwerter*innen Aufmerksamkeit aus. Ernüchternd dabei ist: Keine der genannten Auswertungsmethoden erfordert unmittelbaren Personalaufwand. Niemand muss sich explizit für uns interessieren! Selbstlernende Algorithmen erledigen die Analysen über die Rechenzentren der Internet-Verbindungsknoten und

Datenfarmen automatisch und parallel für derzeit rund drei Mrd. „freiwilliger“ Datenlieferant*innen weltweit. Ein gigantischer Kontrollapparat, der sich nicht mit der Erfassung allein zufrieden gibt. Mit der nun bevorstehenden Vernetzung aller steuerbaren Nutzungsgegenstände um uns herum geht die Vorausahnung, dessen was wir wünschen und tun wollen in eine nächste Runde.

Die Einführung dieser allgegenwärtigen, alles und jede einwebenden Netz-Technologien gelingt deshalb so problemlos, weil ihre Vorteile viel offensichtlicher und unmittelbarer sind als die Probleme, die sie bereiten. Letztere werden erst wahrnehmbar, wenn die breite Nutzung dieser Technologien bereits etabliert wurde – in der Regel zu spät, denn Gewöhnung statt Widerstand ist die dann übliche Reaktion. Gefördert von einem Zeitgeist, der uns glauben macht, die Idee der Privatsphäre sei eine längst überkommene Kategorie. Die offensive Prägung dieses Zeitgeistes in der öffentlichen Debatte ist Teil dieses technologischen Angriffs.

Besser personalisierte als gänzlich unpassende Werbung?

Wir haben alle eine diffuse Vorstellung von der Tatsache, dass wir bereits jetzt alltäglicher Lenkung durch die Analyst*innen und Sammler*innen unserer Daten und der darauf fußen-

den Aufbereitung unserer individuellen Nachrichtenströme ausgesetzt sind – „zukünftig sowieso“. Für viele hält sich deren gefühlte Bedrohung jedoch in den Grenzen von mäßig nützlicher bis nerviger Werbung, basierend auf unseren Google-Suchanfragen, den besuchten Webseiten und den online-Einkäufen der letzten Jahre. Nichts Schlimmes also – besser personalisierte als gänzlich unpassende Werbung sagen sich viele Nutzer*innen.

Dass zwei unterschiedliche Googler*innen unterschiedliche Ergebnis-Listen bei der exakt gleichen Suchanfrage erhalten, stimmt jedoch nachdenklich. Gilt doch der gleichberechtigte Zugang zum „kollektiv“ zusammengetragenen Wissen der Welt als eine der Grundsäulen aller selbst ernannten Digital-Aufklärer*innen.

Viele feierten die 2014 durchgesetzte Erzwingung von Löschungen in den Google-Ergebnislisten (in Ausnahmefällen) als juristischen Erfolg gegen die Datenkrake Google zugunsten eines geforderten „Vergessens im Netz“. Wenn wir Google um die Löschung von (uns diffamierenden) Daten bitten, markieren wir unsere Angreifbarkeit und verleihen dem Konzern und allen mitschnüffelnden Behörden eine beträchtliche Macht. Löschanträge sind besonders aussagekräftige Lebensäu-



Der Edgerank-Algorithmus

berungen. Die mittlerweile umfangreichen Google-blacklists sind mitunter wertvoller als andere Indikatoren zur Bemessung eines individuellen Scores im Sinne einer verallgemeinerten Kreditwürdigkeit.

„Schon bald werden wir Google nicht mehr nach Begriffen suchen lassen, sondern fragen, was als nächstes zu tun sei“ (Google-Verwaltungsrathef Eric Schmidt)

Mit der Detailgenauigkeit der persönlichen Profile ist schon auf dieser Ebene eine subtile und hoch wirksame Beeinflussung von Nutzer*innen möglich. Googles offen deklariertes Ziel ist es, diese Vorrangstellung als smart manipulativer Lebensbegleiter weiter auszubauen. Schon bald werden wir Google nicht mehr nach Begriffen suchen lassen, sondern fragen, was als nächstes zu tun sei, so Google-Verwaltungsrathef Eric Schmidt. Denn Google, so seine selbstbewusste Vorstellung, organisiert bald unsere gesamte Umgebung. Deren Komplexität erfordert, laut Google, eine algorithmisch optimierte Alltags-Organisation – zumindest für all diejenigen, die „vorwärts“ kommen wollen.

Google widmet der Frage der Willensbildung und der Nachbildung menschlicher Gehirne mit dem Projekt Google Brain einen eigenen Unternehmenszweig. Im Unterschied zu Orwells klassischem Überwachungsstaat geht es nicht mehr zentral um die repressive Begrenzung von Gedankenspielflächen, also um das

Unterdrücken von „Delikten“ idealerweise im Stadium ihrer gedanklichen Entstehung, z.B. durch das Eliminieren von Vokabular zur Formulierung solcher Gedanken. Im Gegenteil, das „digitale Panoptikum“ à la Google, Facebook und Co. bringt niemanden zum Schweigen sondern ermutigt alle zum „always on“ – dem digitalen Dauersenden. Statt Schweigen anzuordnen, animiert die neue Macht auf smarte Weise zur exhibitionistischen Optimierung des Selbst. Niemand wird vordergründig gefügig, sondern vielmehr abhängig gemacht. Keine bedrohliche, repressive Fratze, sondern die bunte, freundliche Welt der Apps wird dazu genutzt. Bequeme Kreativität- und Effizienzsteigernde Hilfsprogramme auf unseren Smartphones samt Zusatzsensorik in Bluetooth-Verbundenheit stimulieren zur „freiheitlichen“ Selbstentblößung.

Doch das bedeutet nicht, dass klassische Zensur gänzlich aus dem Repertoire entfernt wird. Obwohl die USA kürzlich eine Internetanbindung für jeden und jede zum Bestandteil der Grundversorgung (neben Wasser und Elektrizität) erklärt haben, ist die zielgerichtete, teilweise oder vollständige Abschaltung des Internet als Kommunikationsstruktur fester Praxis-Bestandteil von Aufstandsbekämpfungsstrategien eines mittlerweile zum permanenten Ausnahmezustand deklarierten cyberspace. Übrigens die gleiche Strategie der Verstetigung wie beim seit 2001 ausgerufenen (und nie zurückgenommenen)

„Ausnahmezustands“ des war on terror.

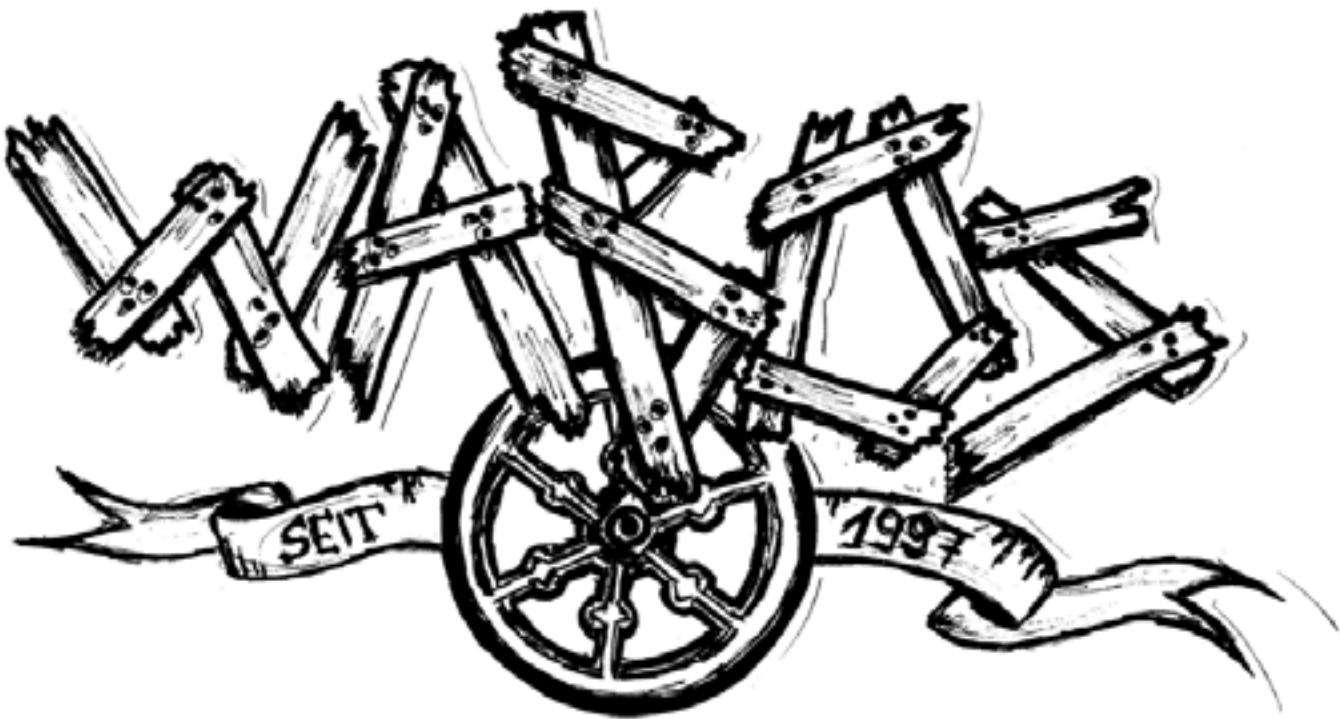
Das funktioniert auch präventiv und deutlich subtiler: Am 9. August 2014 wurde in Ferguson, einer Stadt im US-Bundesstaat Missouri, der 18-jährige Michael Brown bei einer Polizeikontrolle erschossen. Eine Polizeistreife hielt ihn an, weil er es wagte, auf der Straße statt auf dem Bürgersteig zu laufen. Während der Diskussion löste sich ein Schuss aus dem Streifenwagen. Brown floh und wurde dabei von einem der Polizisten von hinten erschossen. Michael Brown war unbewaffnet und er war schwarz.

Bereits am nächsten Tag versammelten sich die schwarzen Bürgerinnen der Stadt zur Mahnwache, der sich sofort 150 Polizisten in vollgepanzelter Montur entgegen stellten. Die Stimmung heizte sich auf, die Lage geriet außer Kontrolle, es kam zu Straßenschlachten und Plünderungen. Am 11. und 12. August setzte die Polizei Panzerfahrzeuge, Blendgranaten, Rauchbomben, Tränengas sowie Gummigeschosse gegen die aufgebrauchte Menge ein. Die Bilder von der martialischen Aufstandsbekämpfung gingen weltweit durch die Medien und natürlich auch durch die sozialen Medien. Aber nicht durch alle sozialen Netzwerke gleichermaßen.

Zeynep Tufekci, Dozentin an der Uni in North Carolina, untersucht die politische Macht durch algorithmische Nachrichtenfilterung. In einem Beitrag auf dem Bloggingportal Medium konstatiert sie, dass in ihrem Facebook-Stream Ferguson kaum auftauchte, während es auf Twitter beinahe kein anderes Thema gab. Das lag aber nicht daran, dass die Leute auf Facebook nichts dazu schrieben.

Der Edgerank-Algorithmus, der laut Facebook die Neuigkeiten nach personalisierter Relevanz aufbereitet, schien das Thema einfach herausgefiltert zu haben ...

aus: Disconnect – keep the future unwritten! von der Gruppe capulco



Die Wab OS (Wagenburg Osnabrück) ist ein alternatives Gemeinschaftsprojekt, das seit 1997 Am Hirtenhaus (Finkenhügel) existiert. Wir sind (+/-) 10 Menschen verschiedener Alterstufen, die in ihren selbst (aus-)gebauten Bauwagen mitten im Grünen leben.

Hier probieren wir eine andere Form des Zusammenlebens aus, ohne soziale Isolation und Vereinzelung, wie sie in der heutigen Gesellschaft - auch aufgrund der Wohnverhältnisse - um sich greifen. Veranstaltungen und Partys werden gemeinsam organisiert und Entscheidungen nach dem Konsensprinzip getroffen. Jede Stimme zählt in einem Miteinander, das jede*n einbezieht. Das Grundstück ist durch unseren Verein WabOS e.V. von der Stadt Osnabrück gepachtet. Es ist nicht erschlossen, was bedeutet, dass wir unseren eigenen Solarstrom produzieren und vorhandenes Regenwasser nutzen bzw. das wenige Trinkwasser von außen beziehen.

Obwohl wir seit nunmehr 19 Jahren hier leben, plant die Stadt Osnabrück unser Zuhause als Bauland auszuschreiben. Schon 2014 schwebte über uns die (Un-) Möglichkeit einer Verdrängung im Zuge der ehemals geplanten Westumgehungsstraße. Jetzt erscheint die Bedrohungslage in einem anderen Licht: War die Westumgehung ein politisch stark umstrittenes Thema, sind sich die Parteien in puncto Bauland offenbar einig - denn mehr Wohnraum soll her.

Dabei wird übersehen, dass wir bereits bezahlbaren (!) Wohnraum darstellen und es auch in dieser Stadt leerstehende Wohnungen gibt. Somit wird klar, dass kein sozialer Anspruch hinter dem Vorhaben steckt, sondern allgemein hohe Grundstückspreise in diesem Stadtteil locken. Die eigens erschaffenen Zwänge der Stadtpolitik, stetigen Zuzug zu generieren um Geld in die Kassen zu spülen, zielt eben nicht darauf ab, dass alle Bewohnerinnen ein Dach über dem Kopf haben. Diese Art von Politik, die nur auf Kapitalverwertung abzielt, macht uns faktisch zu Bürgerinnen zweiter Klasse und zeigt, dass für Subkulturen immer weniger Raum bleibt.

Die Fläche, die im Gespräch ist, bietet in Form ehemaliger Hausgärten, Streuobstwiese und Grünland ein natürliches Habitat für Tiere, Pflanzen und Menschen. Unser Wagenplatz fügt sich hervorragend in das Gelände ein ohne diese Lebensräume zu gefährden. Der stetigen Vernichtung von ökologischen Nischen und der fortlaufenden Umweltzerstörung gilt es neue Ideen entgegenzuhalten, die auch Fragestellungen nach neuen Wohn- und Lebensformen wie der unseren aufwerfen sollten.

Wir wollen weiterhin an diesem schönen Platz bleiben und werden für den Erhalt der Fläche kämpfen. Helfen könnt ihr uns, indem ihr eure Unterschrift für uns abgibt (manuell oder unter www.change.org/u/wabos) und der Stadt Osnabrück bzw. den Politikerinnen eurer Wahl erzählt, was ihr von dem geplanten Bauvorhaben haltet.

Haltet die Augen und Ohren offen, das letzte Wort ist noch nicht gesprochen! **WabOS bleibt!** Kontakt: wabos@riseup.net

PROTESTE GEGEN DEN

Auswertung und Diskussionsbeitrag des AK Codename Kot

Seit mittlerweile 15 Jahren ziehen christliche FundamentalistInnen durch Berlins Mitte. Im Mittelpunkt ihrer Demonstration, die zunächst als „1000 Kreuze für das Leben“ firmierte, steht der Angriff auf die körperliche Selbstbestimmung von Frauen* - insbesondere die Forderung Abtreibung grundsätzlich zu verbieten.

Fast ebenso lange setzen feministische und antifaschistische Gruppen ihren Protest gegen diese öffentliche Propaganda für ein patriarchales Weltbild. Lange Zeit wurde dabei primär auf kreative Störungen der Auftaktkundgebung und des Marsches gesetzt. Parolen, Konfetti und Glitzer sollten die Propaganda nicht unwidersprochen lassen und den Trauermarsch zu einer Feier für Selbstbestimmung umfunktionieren. Mehrere Jahre landeten auch etliche Holzkreuze der FundamentalistInnen in der Spree.

In den letzten zwei bis drei Jahren hat sich der Charakter der Gegenproteste deutlich geändert. Seit 2014 organisiert das What the Fuck?!-Bündnis eine eigenständige Demonstration am Vormittag. Gleichzeitig wurden organisierte Massenblockaden zur zentralen Aktionsform.

In diesem Jahr wollten wir als Codename Kot Störungen der Auftaktkundgebung wieder mehr in den Mittelpunkt rücken. Konkret riefen wir dazu auf, diese zum Stinken zu bringen. Wir möchten mit diesem Text nicht nur unsere Erfahrungen teilen und die Aktion auswerten, sondern auch einen Diskussionsanstoß für die nächsten Jahre geben.

Blockaden

Nach dem Erfolg der eher spontanen Blockaden 2014 - der Marsch musste

mehrfach umgeleitet, deutlich verkürzt und teilweise über den Fußweg an Blockaden vorbei geführt werden - fokussierten sich die Gegenproteste 2015 vollends auf Massenblockaden. Dank dieser gelang es erstmals, den Marsch über längere Zeit aufzuhalten und so den Zeitplan der FundamentalistInnen durcheinander zu bringen.

Die Kehrseite der Medaille: Die Propagandashow bei der Auftaktkundgebung blieb völlig unwidersprochen. Sicht- oder hörbaren Protest gab es 2015 während der gesamten Auftaktkundgebung keinen. Auch entlang und in dem Marsch wurde von 1-2 Ausnahmen abgesehen kein Widerspruch sichtbar.

Gleichzeitig zeigte sich in unseren Augen immer deutlicher, dass die Demonstration in der Choreographie der FundamentalistInnen nur einen geringen Stellenwert einnahm. Ihr Fokus scheint auf Auftaktkundgebung und Abschlussgottesdienst zu liegen. Bereits 2014 haben sie auf Blockaden sofort mit einer Umleitung und Verkürzung der Route reagiert - zum Stehen kam der Zug so gut wie nie. Im Folgejahr hatten sie konsequenterweise gleich die kürzestmögliche Route gewählt. Das wichtigste Anliegen der Demonstration schien pünktlich beim Abschlussgottesdienst anzukommen. Schön, dass wir gerade dies im letzten Jahr verhindern konnten.

Auch wir hatten nicht damit gerechnet, dass die FundamentalistInnen sich in diesem Jahr gleich selbst auf eine Runde ums Regierungsviertel beschränken. Rückblickend wirkt dies jedoch nur konsequent. Dass sie diesen eh schon kurzen Spaziergang dank der Blockaden noch stärker abkürzen mussten, schienen nur wenige außer uns wahrzunehmen.

Vor diesem Hintergrund betrachten wir rückblickend unseren Fokus auf die Auftaktkundgebung als richtig.

„Eure Propaganda stinkt zum Himmel“

Als Codename Kot hatten wir uns als Ziel gesetzt, die Auftaktkundgebung durch Gestank effektiv zu stören. Dies ist uns nur bedingt gelungen. Bevor wir die Gründe dafür diskutieren, möchten wir jedoch zunächst unsere Erfahrungen schildern.

Im Gegensatz zu den letzten Jahren war die Auftaktkundgebung vollständig abgittert. An den wenigen Zugängen standen von Anfang an Bullen. Auch innerhalb der Kundgebung waren Anti-Konfliktteams und andere Bullen anwesend. Trotzdem war es problemlos möglich in die Kundgebung einzusickern und sich dort aufzuhalten.

Die meisten Aktivist*innen, die sich an unserer Aktion beteiligten, setzten auf sogenannte Pups-Sprays. Diese versprühen fast eine Minute lang eine nach Kotze stinkende Substanz, die sich auch an der freien Luft erst nach einigen Minuten verflüchtigt. Für einige Minuten stanken zumindest Teile der Kundgebung bestialisch.

Die meisten selbsternannten „LebensschützerInnen“ reagierten mit einer stoischen Gelassenheit, die uns verblüffte. Aktivist*innen, die unmittelbar vor der Bühne ein Transparent entrollten, wurden erst nach einiger Zeit von einem Ordner und später von den Bullen ruhig aufgefordert, zu gehen. Auch Andere, die deutlich sichtbar in der Kundgebung „Pups-Spray“ versprühten, wurden von den meisten FundamentalistInnen ignoriert. Nur vereinzelt reagierten FundamentalistInnen panisch („Achtung, die Sprühen mit Buttersäure“) und versuchten wenig energisch die Aktivist*innen aufzuhalten. Der Tumult, den wir uns erhofft hatten, konnte so nicht eintreten.

Beim Versuch die Kundgebung zu verlassen, wurden einige Aktivist*innen von Bullen aufgegriffen. Sie mussten

MARSCH FÜR DAS LEBEN

ihre Personalien abgegeben und wurden nach einiger Zeit mit einem Platzverweis entlassen. Beschlagnahmte „Pups-Sprays“ wurden eher belustigt zur Kenntnis genommen.

Wir hatten gehofft, durch unseren Aufruf auch andere (wieder) zu motivieren, mit ihren Ideen und Mitteln die Auftaktkundgebung zu stören. Dies hat leider gar nicht geklappt. Außer uns haben wir nur noch eine Samba-Gruppe an den Gittern der Kundgebung wahrgenommen. Leider sind die Störungen so angesichts der Größe und Dauer der Auftaktkundgebung verpufft.

Leider war auch die Beteiligung an unserer Aktion mau. Wir haben unsere Aktion als offen und anschlussfähig ausgelegt. Im Vorfeld haben wir kommuniziert, was wir tun wollen, welche Mittel wir dafür als geeignet betrachten und wie wir das rechtlich einschätzen. Wir denken, es liegt an mehreren Faktoren, dass sich trotzdem nur so wenige anschlossen:

- Unsere Aktion war vergleichsweise anspruchsvoll. Im Gegensatz zur Teilnahme an der Demonstration und späteren Blockaden war eine Vorbereitung notwendig. Ein stinkendes Hilfsmittel findet sich nun mal nicht spontan vor Ort.
- Es ist für linksradikale Aktivist*innen meist ungewohnt, sich mitten unter die politischen Feinde zu mischen und deren Veranstaltungen von innen zu stören. Auch wir hatten dabei ein mulmiges Gefühl.
- Mit dem Einsatz von stinkenden Substanzen gibt es bisher schlicht wenig Erfahrungen. Auch blieb (und bleibt) es eine offene Frage, welche Vorwürfe Polizei und Staatsanwaltschaft daraus letztlich drehen werden.
- Die Wahrscheinlichkeit von Bullen aufgegriffen zu werden, war vergleichsweise hoch - was der Tag

letztlich auch gezeigt hat. Viele schreckt die Aussicht, sich mit Bullen auseinandersetzen zu müssen, zu Recht ab.

- Und nicht zuletzt zwang der späte Zeitpunkt der Demonstration des What the Fuck?!-Bündnisses die Leute dazu, sich zwischen den verschiedenen Angeboten zu entscheiden.

Zusammenfassend denken wir, dass es in Berlin zurzeit leider nur noch wenige Menschen gibt, die eigene Aktionen vorbereiten und durchziehen (wollen). Eigeninitiative von Bezugsgruppen fehlt meist. Der Protest bleibt in starren und vorhersehbaren Formen der Massenblockade verfangen. Im Resultat sind wir nicht mehr wild und kreativ sondern kontrollier- und beherrschbar. Ein Problem, dass sich nicht nur bei „1000 Kreuze“ zeigt.

Neben der konkreten Störung ging es uns im Vorfeld auch darum, eine Drohkulisse aufzubauen. Wir wollten die FundamentalistInnen verunsichern und gleichzeitig die Bullen zwingen, ihre Kräfte auf mehrere, zeitgleiche Aktionen zu verteilen. Zwar erreichten wir einige Resonanz bei den FundamentalistInnen und auch die Polizei sah sich gezwungen deutlich mehr Kräfte bei der Auftaktkundgebung bereit zu halten, jedoch verpuffte auch dies durch das sehr späte Ende der Demonstration. Unsere Aktion war schlicht schon eine Stunde vorbei bevor die ersten Gruppen versuchten die Polizeiabsperungen an der Route zu überwinden.

Was nehmen wir mit?

1. Die erfolgreichen Blockaden in den letzten Jahren zwingen die FundamentalistInnen mittlerweile auf eine kurze Route mit wenig Öffentlichkeit.

2. Die Bedeutung des eigentlichen Marsches in der Choreographie der FundamentalistInnen hat parallel zum Erfolg der Blockaden abgenommen. Die Auftaktkundgebung ist in unseren Augen zum zentralen Ort geworden, an dem sie ihre reaktionäre Propaganda verbreiten.
3. Trotz verstärkter Polizeipräsenz ist es problemlos möglich in die Auftaktkundgebung einzusickern und diese von innen zu stören. Auch an den Gittern um diese bleibt viel Raum für Protest.
4. Um sowohl den Marsch als auch die Kundgebung zu stören, sollten wir wieder vermehrt auf eine Vielfalt der Aktionsformen setzen. Kreative Störungen und Blockaden können sich in unseren Augen gut ergänzen.
5. Für Beides braucht es jedoch wieder mehr Eigeninitiative der Menschen auf der Straße. Leider stellt sich diese jedoch nicht durch die bloße Forderung in Texten wieder ein. Wir müssen konkrete Angebote schaffen und einen Rahmen bieten, um dies wieder vermehrt als Option sichtbar zu machen und gemeinsam Erfahrungen zu sammeln.
6. Die Demonstration des What the Fuck?!-Bündnisses ist als eigenständiger Ausdruck unserer Positionen ein wichtiger Bestandteil der Gegenproteste. Sie sollte jedoch zukünftig früh genug enden, um nicht mit anderen Aktionsformen in Konkurrenz zu treten.

Wir sehen uns beim nächsten Jahr, wenn es wieder heißt: What the Fuck?!

P.S.: Betroffene von Repression melden sich bitte unter codename-kot[at]riseup.net. Gemeinsam löffeln wir die Suppe aus - wenn denn welche kommt.

aus: *Interim 782*

Erfahrungsbericht zum

„1000 Kreuze Marsch“ Münster am
18. März 2017

Am 18. März wollten mal wieder christliche Fundamentalist_innen zusammen mit AfD-Anhänger_innen und anderen Menschenfeinden in Münster gegen das Selbstbestimmungsrecht von Frauen im Rahmen ihres „1000 Kreuze Marsches“ protestierten bzw. beten. Um die Proteste des Bündnisses gegen diesen Marsch kreativ zu unterstützen, entschieden wir uns dazu, in Kleingruppen direkt in dem Marsch mitzugehen, um ihn von innen heraus zu stören und nach Möglichkeit zu sabotieren.

Zum Startpunkt des 1000 Kreuze Marsches zu gelangen stellte dabei die geringste Herausforderung dar. Ein der Zielgruppe entsprechendes „ordentliches“ Erscheinungsbild, ein dümmliches Grinsen, kleine Symbole mit Wiedererkennungswert – schon wollte nicht mal die zahlreich am Auftaktort an der Aegidienkirche anwesende Polizei näheres über unsere Anwesenheit dort in Erfahrung bringen. Dies erscheint besonders erstaunlich, da selbst einige der tatsächlichen Anhänger_innen des Marsches erst nach minutenlangen Diskussionen mit der Polizei auf das Gelände gelassen wurden. Vornehmlich schien es sich dabei um die AfD-Anhänger_innen und sonstigen Schwurbelköpfe gehandelt zu haben.

Bezüglich unserem äußeren Erscheinungsbild schien der Grad zwischen too much und nicht authentisch relativ schmal, aber doch sehr dehnbar gewe-



sen zu sein. Lediglich eine Gruppe junger Aktivist_innen schien den Fundis suspekt. Ausschlaggebend dafür schienen als untypisch und mit „der Antifa“ assoziierte schwarze Mützen gewesen zu sein sowie der Umstand, dass die relativ große Gruppe sich stets Abseits hielt. Dies bewegte die Fundis allerdings nicht dazu, zu intervenieren und ggf. tatsächliche Sympathisant_innen ihrer Veranstaltung des Ortes zu verweisen.

Schlimmer als das Hinkommen war für uns das Verharren am Auftaktort. Neben dem erwarteten und für fundamentalistische Katholik_innen übliche Christengeschwurbel waren die wohl aktivsten Plappermäuler dem Feld der Verschwörungsideologen, Reichsbürger und unterschwelligen Holocaustleugner zuzuordnen. Tatsächlich verwunderte es, dass es seitens der Christ_innen relativ wenig Widerspruch gegen solche Tendenzen gab. Wir selbst hielten uns mit angebrachten Widersprüchen bewusst zurück, um unsere geplanten Aktionen während des Marsches nicht

zu gefährden.

Während der Auftaktkundgebung redete der Organisator auf die Teilnehmer_innen ein, die Gegenprotesten zu ignorieren. Stattdessen sollten sie sich unter dem Schutz der Polizei auf ihr Gebet konzentrieren. Bedanken wollen wir uns an dieser Stelle bei allen Krachmacher_innen am Rande und besonders bei den Menschen der Rythms of Resistance. Euer lautstarker Einsatz schon zu Beginn der ersten Ansprache der Organisatoren gab unseren Ohren eine angenehme Atempause von dem Mist, der uns dort dargeboten wurde und machte es einigen Marschteilnehmer_innen gar unmöglich, der Ansprache zu folgen.

Nach unseren Aktionen im Marsch der selbsternannten Lebensschützer beteiligten wir uns selbst am lautstarken Protest. Einigen war es möglich, dies eine lange Wegstrecke noch innerhalb des Marsches zu tun. Die Aufmerksamkeit der an diesem Tag generell sichtlich überforderten Polizei richtete sich hauptsächlich auf die offenen Gegendemonstranten, weniger auf das Geschehen innerhalb des Marsches.

Wir sehen für die kommenden Jahre viel Potential, den Marsch noch intensiver und auch mit neuen kreativen Protestformen zu stören und zu sabotieren.

Auf ein neues! Bleibt kreativ, bis die Scheiße aufhört!

Einige autonome Aktivist_innen



Orientierungsprobleme an der Moralfront: „Ist es herzlos, nichts zu geben?“



Die Hamburger Morgenpost nahm sich in einem vorweihnachtlichem Artikel¹ einem großen Problemen unserer Zeit an: Man stelle sich die Frage, wie und ob man den Bettlern der Hamburger Innenstadt eine Spende geben könne.

Zum Glück gibt es für solche schwerwiegenden Fragen (die weit komplexer sind als die Abwägung, wie viel des eigenen Geldes man für die Unterstützung unmittelbarer Not Dritter zu geben sich leisten kann und will) ausgemachte Experten für das moralisch aufgeklärte Spenden. Die lässt die MoPo zu Wort kommen, um ein für alle mal klar zu stellen, wann das Spenden erste moralische Pflicht ist und wann man mit gutem Gewissen nichts geben braucht. Den Anfang macht, wie sollte es bei Fragen der Elendsverwaltung anders sein,

der Sozialarbeiter.

Ganz seinem Berufsstand entsprechend steigt der Sozialarbeiter mit der Erinnerung an die soziale Bedingtheit der Obdachlosigkeit ein. Konsequenz für eine Profession, die das „gelingende Alltagsleben“ zum Gegenstand hat, verweist er darauf, wie sehr Obdachlose in ihrer gesellschaftlichen Lage aufs Zurechtkommen angewiesen sind: „Die werden nicht dadurch gesund, dass man ihnen nichts gibt. Sie sitzen da und tun nichts Böses. Am besten man fragt direkt, wie man helfen kann, z.B. mit einem Kaffee.“ Das „Beste“ besteht eben darin, mit einem Euro, der ja dem Spender nie wehtue, dem Obdachlosen seine Armut erträglich machen. Na dann: Prost, Kaffee!

Der Geschäftsführer vom Wohlfahrtsverband

denkt als Sozialarbeiterchef natürlich eine Nummer größer und verweist auf die ökonomisch sinnvollste Verwendung von Spenden: „Ein Euro hilft nicht viel. Man weiß auch nicht, in was er investiert wird.“ Das Geld ist dem Lumpenproletariat deswegen nicht einfach sinnlos in die Schale zu werfen, sondern es ist viel besser beim Deutschen Roten Kreuz (DRK) angelegt. So kann man sich als Spender gewiss sein, in was der Euro „investiert“ wurde: Das DRK kann sich dann zum Wohle der Obdachlosen nicht nur einen Geschäftsführer leisten, sondern ihnen den Kaffee gleich mit einem Bus vorbeifahren. Das quälende Problem, mit dem sich die MoPo plagt, nämlich ob es den richtigen Obdachlosen getroffen hat, kann man so erledigen: Irgendwie hat man allen geholfen. Die Leistung des DRK ist eben die optimale Verwaltung der Spenden – ein einziger Dienst am guten Gewissen. Aber denken wir mit derlei Fragen nicht viel zu materialistisch?

Mit dem Hauptpastor und der Bischöfin

lässt die MoPo gleich zwei Experten in Sachen christlicher Nächstenliebe ihre frohe Botschaft verkündigen. Schließlich geht es hier um die großen moralischen Kategorien! Es folgt eine Moralpredigt, die sich gewaschen hat und in detail gewürdigt werden muss: Pastor Lohse steigt mit einer Er-

innerung an alle christlichen Leser der MoPo ein: „Es gehört zum christlichen Glauben dazu, den Nächsten zu lieben und ihm zu helfen. Eine Geldspende ist die minimalste Form der Nächstenliebe.“ Ja, liebe Gemeinde! Mit nur einem Euro habt ihr minimal, aber immerhin überhaupt Nächstenliebe geleistet. Und dazu bekennt ihr euch ja wohl. Der Pastor erklärt das Spenden zur Pflicht der Christenheit in Sachen gottgefälliger Lebensführung. So erlegt er ihnen auf, wegen ihres Glaubens zu spenden. „Wenigstens“ dieses Opfer muss als Christ eben schon drin sein, das ist der Anspruch. Wie es um die Geldbeutel der Christen so bestellt ist, aus denen vor lauter Nächstenliebe das Geld in die Schale wandern soll, taucht da gar nicht mehr auf.

Vielleicht kriegt es die Klasse der Lohnarbeitenden gar nicht hin, sich und ihresgleichen gut zu versorgen? Vielleicht kommt die Armut von Mittelstand bis Sozialfall gar nicht aus fehlender Nächstenliebe, sondern aus der Lage, die an ihnen im Verhältnis ihrer Tauglichkeit für den Zweck Profit hergestellt wird?

Aber auch das wäre wohl zu materiell für einen Beruf, Entschuldigung, eine Berufung, deren Daseinszweck es ist, moralische Orientierung in der Klassengesellschaft zu bieten. Für ihr gutes Gewissen soll es den Christen allemal wert sein, auf einen Euro zu verzichten und diese minimale Nächstenliebe zu verteilen.

Herr Lohse fährt also unbeirrt fort und erinnert sich daran, dass seine Schäfchen spenden – aber aus einem falschen Grund: „Oft will man sich dabei jemanden nur vom Leibe halten. Besser wäre es, sich dem Menschen zuzuwenden. Mit ihm zu sprechen und herauszufinden, was er braucht.“

Ja, das wäre doch mal was! Das, was dem Bettler fehlt, ist Geld, darum bettelt er. Für den Christenmenschen hat das liebe Geld nun aber den Mangel, dass es als der schnöde abstrakte Reichtum der Gesellschaft bloß für minimalste Nächstenliebe steht. Weil sich daran gar nicht so leicht erkennen lässt, ob es sich wirklich um Nächstenliebe handelt, erlässt der Pastor nun sein persönliches Gebot, man möge sich dem Men-

schen zuwenden. Einem Menschen, der Kohle braucht, soll der nächstenliebende Christ seine volle Aufmerksamkeit schenken, ihn eben als Nächsten (alternativ: Mensch, Nachbarn usw.) würdigen und so die schönste aller Freuden auf Erden bereiten: das gute Gefühl, voll und ganz als Mensch gewürdigt zu werden.

Wenn der Obdachlose dann – er soll ja befragt werden, was er wirklich braucht – ehrlich antwortet und Geld haben will, ist der Herr Pastor „alarmiert“. Das ist er selbstverständlich „nur da, wo versucht wird Barmherzigkeit auszunutzen. Wo man zum Geben gedrängt wird, verweigere ich mich. Denn dann geschieht es nicht frei und aus Liebe.“

Eben! Nicht nur die Christen sollen sich zusammenreißen und Opfer für ihren Glauben bringen und mal was für den Nächsten tun; die Armen sollen ihre Sittlichkeit beweisen, indem sie dankbar die immaterielle Nächstenliebe – wahrscheinlich die maximalste Form der Nächstenliebe – annehmen. Sie sollen wertschätzen, dass ihnen einer nahe ist und sie, inmitten von Umständen, die sie obdachlos, krank, arm usw. machen, als Menschen würdigt. Das geht sogar ohne Kaffee kaufen!

Wem das als Obdachlosen zu wenig ist, weil er nicht Anerkennung, sondern Geld braucht, der nutze Barmherzigkeit bloß aus und verwirke sein gutes Recht auf ehrliches Betteln. Hauptpastor Lohse bringt uns also der Antwort auf die Ausgangsfrage näher: Herzlosen Obdachlosen, denen nur am schnöden Mammon gelegen sei, darf man mit gutem Gewissen Anerkennung und Geld verwehren.²

Wem das als Gläubigem dann doch nicht reicht, kann es zusätzlich machen wie Bischöfin Fehrs: „Als ich neulich in meiner Nachbarschaft eine 14-jährige mit nackten Füßen in einem Ladeneingang liegen sah, habe ich ihr eine Decke gebracht“. Aber auch dann gilt: „Wichtig finde ich, dass ich mich nicht unter Druck gesetzt fühle und selbst entscheiden kann, wann ich etwas gebe“. Das muss jedem Armen klar sein: Christliche Nächstenliebe ist kein Wunschkonzert, sondern ein Gnadenakt.

Da wir aber in modernen Zeiten leben, ist es bei der MoPo mit der christlichen Nächstenliebe noch nicht erledigt. Auch der Islam darf unter Beweis stellen, wie sehr er zur aufgeklärten Konkurrenzgesellschaft passt.

Der vorgeführte Imam leistet sich gar nicht erst die umständlichen Konstruktionen, für seine Gläubigen auszuführen, welche Abstufungen es im moralischen Spenden so gibt, sondern deduziert direkt aus dem Willen Allahs eine schlichte Vorgabe, die jeder gläubige Muslim zu erfüllen habe: „Als Muslime sind wir verpflichtet, pro Jahr 2,5 Prozent unseres Einkommens abzuführen und mit Bedürftigen zu teilen“. Die Dankbarkeit für den eigenen Wohlstand, wie auch immer dieser ausfällt, hat man Allah zu entrichten, indem man den Armen 2,5 Prozent abgibt. So einfach kann Erlösung sein³.

Die City-Managerin

Nun kommt noch in Gestalt des City-Managements das Kapital der Innenstadt zu Wort. Natürlich sind diese Vertreter der Freiheit ihres Geschäftes nicht für die Vertreibung freier Bürger. Nur haben Sie kein Interesse an denjenigen, die ihr Geschäft stören. Ganz konsequent bieten auch sie allen Spendern die Gelegenheit, ihr Geld nicht einfach in irgendwelche Bettelschalen zu werfen und damit unproduktiv zu verramschen. Das Geld soll ja sicher zum Zwecke eines guten Gewissens angelegt werden.

Der Zusammenschluss von „Unternehmen des Einzelhandels, der Immobilien-, Kultur-, Freizeit- und Tourismuswirtschaft, Interessen- und Werbegemeinschaften sowie Verbände und Institutionen“ sammelt Geld für ihre eigene Hilfskampagne, die mit dem Namen „Ein Dach für Obdachlose“ schon sagt, worum es ihnen geht: Zentralisierung der Spenden der Kunden, um diese an eine Einrichtung der Sozialarbeit weiterzugeben.

Deren Leistung für das City-Management wird klar benannt: „Die Erlöse aus dieser Sammelaktion flossen in den vergangenen Jahren in den sogenannten Stützpunkt. Bei dem Stützpunkt handelt es sich um eine Anlaufstelle für Obdachlose, die sich an zentraler

Stelle in der Innenstadt (Klosterwall) befindet. Die Möglichkeit der Gepäcklagerung in Schließfächern hat die Mobilität der Obdachlosen erhöht und sie in die Lage versetzt, Aufenthaltsangebote außerhalb der City wahrnehmen zu können.“⁴

Dank City-Management muss man sich beim Shoppen nun nicht mehr mit der Frage quälen, ob man das Wechselgeld dem Obdachlosen vor der Tür geben muss oder nicht. Das eigene gute Gewissen kann direkt an der Kasse mit gekauft und so die Obdachlosen in die Lage versetzt werden, woanders als in Hamburgs geschäftstüchtigem Kern eine kostenlose Suppe zu bekommen. Statt Kaffee an Ort und Stelle gibt's nun Mobilität für Obdachlose. So könnten die auch mal ein bisschen durch die schöne Hansestadt touren und das Weihnachtsgeschäft kann ungestört von allem, was nicht an heile Welt erinnert, florieren. Geholfen ist also letztlich allen!

Fassen wir soweit zusammen: Richtig Spenden ist schwierig, es gibt so einige Fallstricke. Aber egal welchem Expertenrat man nun folgt mit seiner Spende, ein gutes Gewissen kann man sich immer leisten. Was die Obdachlosen davon haben, beziehungsweise mit welcher Spende man sich ein gutes Gewissen leisten will – von Kaffee über Mobilität bis hin zur Anerkennung als Menschen – kann man sich frei aussuchen.

Die MoPo ist allerdings nicht nur ein Beratungsblatt für Moralfragen, sondern auch investigativ unterwegs. Deswegen hat sie auch keine Mühen gescheut und einen echten Obdachlosen zur Thematik zu befragt. Vor seinem Beitrag zur Spendenberatung, schärft Uwe Schneider zunächst unsere Kategorien. Oben war ja bereits von der „alarmierenden Ausnutzung der Barmherzigkeit“ die Rede. Und wer diese sucht, also unbedingt finden will, der entdeckt jene Obdachlosen, die die gute Tat einfach nicht verdient hätten: „Bettlern, die ange-trunken sind und Drogen konsumieren, würde ich auch kein Geld geben“, sagt einer, der es wissen muss. Er hingegen kennt die Leute und die Leute kennen ihn. „Sie wissen, dass sie ihm ruhigen Gewissens spenden können. Denn Uwe

Schneider trinkt keinen Alkohol.“

Wer es in seiner Lage nicht aushält und zu derartigen Rauschmitteln greift, beweist auch für Schneider die niedere Art seiner Bedürfnisse. Anstatt sich ehrlich der harten Arbeit des Bettelns zu widmen und vernünftige Dinge zu machen, wie sich ein Brötchen zu kaufen, entscheiden sich diese, seiner Auffassung nach verkommenen Subjekte stattdessen für Betäubung. An die Konkurrenz-moral, dass man sich anzu-strengen habe, um das Beste aus seiner Lage zu machen, halten sie sich einfach nicht, sobald sie sich aufgeben und ihre Sinne so betäuben, dass Krankheit, Hunger und Verstand möglichst nicht mehr empfunden werden. Dafür hat selbstverständlich niemand etwas übrig, schon gar kein Geld. Zum Glück ist unser MoPo-Obdachloser ein 1a-Bettler, der lieb und nett, eben „bekannt wie ein bunter Hund“ ist. So einem gibt man gerne seinen Euro; bei dem ist der dann gut investiert.

Aber hier ist die Aufklärung durch Schneider noch nicht vorbei. Vom Vorzeige-Bettler lernen wir, dass es neben dem versifften deutschen Drogen-Obdachlosen noch weitere fürchterliche Gestalten auf Hamburgs Straßen gibt:

„Die Lage für Bettler spitzt sich immer weiter zu durch die Konkurrenz aus Osteuropa“, sagt Schneider. „Die machen es mir als ehrlichem Bettler schwerer. Ich bekomme deswegen weniger Geld.“ Die oftmals rumänischen Bettler kommen in großen Gruppen, klagt Schneider. Seit sich das Problem mit Auftragsbettlern und organisierten Banden herumgesprochen hat, werden die Leute misstrauischer. Ich werde von ihnen gefragt, ob ich deutsch bin. Erst dann spenden diese, sagt der Hamburger. „Ich kann das vollkommen nachvollziehen.“ Deswegen sei es positiv, dass die Stadt darüber nachdenkt, gegen Bettel-Gruppen vorzugehen.“

Das proletarische Bewusstsein, dass man selbst zu den guten, ehrlichen Konkurrenzsubjekten gehört, man aber leider durch unlautere Konkurrenten am Erfolg gehindert wird, tritt hier radikalisiert als Angriff auf die ausländischen Bettel-Konkurrenten auf. Ist ja klar, dass die zu viel sind, für die we-

nigen Spenden in Hamburg; ist ja klar, dass die unehrlich betteln; ist ja klar, dass es nur gerecht wäre, würden die deswegen staatlich härter angegangen. Der Grund für die Existenz dieser Konkurrenten (arbeitslose Wanderarbeiter aus EU-Ländern ohne oder mit sehr eingeschränkten Sozialleistungsansprüchen) und deren daraus resultierendes Auftreten als Gruppe (Betteln in Gruppen für mehr Ertrag, um sich gemeinsam durchzuschlagen oder schlicht durch Ausbeutung von Bettlern durch Abhängigkeiten und Zwang) wird hier durch den schlichten Hinweis erledigt, dass diese Menschen im Weltbild von Pastor, Sozialarbeiter und Uwe Schneider nicht zu den ehrlichen Schnorrern zählen. Wobei die Ehrlichkeit in nichts anderem besteht, als nüchtern und deutsch zu sein, weswegen man es laut

Schneider auch verdient hätte, mit der Mildtätigkeit der Shopper begünstigt zu werden.

Damit beendet Schneider die tour de force durch das moralische Weltbild. Festhalten lässt sich, dass Armut noch lange kein Grund ist, es an Anstand fehlen zu lassen. Es ist gerade umgekehrt: Nur anständige Armut hat für die Zitierten ein Existenzrecht. Nur diese hat sich nämlich jedwede Form der Zuwendung verdient. Was man sich da verdient und was diese Zuwendung erträglich machen soll, nämlich ein Überleben als Elendsgestalt, ist dann nicht weiter Thema. Dass sich über diese Art der Existenz keine Zufriedenheit einstellt, verwundert niemanden. Und entsprechend gewürdigt wird es, wenn die Lumpenproleten trotz all dessen den

moralischen Ansprüchen eines Konkurrenzsubjekts weiterhin genügen, also aus ihrem Los das Beste zu machen und dabei gültiges Recht und herrschende Sitte anzuerkennen. Respekt gezollt wird dem, der arm und trotzdem brav ist, auch wenn die Gesellschaft außer Gruß, Mitleid und ein wenig Kupfergeld sonst nichts für ihn übrig hat. So einer ist – trotz allem – ein guter Mensch, einer von uns. Der darf sein.

von: Gruppen gegen Kapital & Nation, Januar 2017

www.gegner.in

P.S.: Gar nicht moralisch, dafür total nützlich ist eure Spende außerdem hier angelegt:

<https://gegen-kapital-und-nation.org/page/spenden/>

P.P.S.: Wer sich nun erklären will, was es mit den oben angeschnittenen Themen auf sich hat, dem empfehlen wir folgende Links.

Zu Arbeits- und Obdachlosigkeit:

GegenStandpunkt: Produktivkraftsteigerung als Mittel der Rentabilität (Auszug aus: Die Nation senkt ihr Lohnniveau (I). <http://gegenstandpunkt.com/gs/1999/4/gs19994051h2.html>):

<http://www.kapital-lesen.com/texte/karl-marx-grundrisse-der-kritik-der-politischen-oekonomie/>

AK Auflösen!: „Selber Penner!“ – Obdachlosigkeit in der sozialen Marktwirtschaft

<http://arbeitskreisauflösen.blogspot.eu/2012/12/21/obdach/>

Zu den Berufen Pfarrer und Sozialarbeiter:

Marxistische Gruppe: Beruf: Pfarrer

<http://www.wissenschaftskritik.de/beruf-pfarrer/>

Marxistische Gruppe: Beruf: Sozialarbeiter

<http://www.wissenschaftskritik.de/beruf-sozialarbeiter/>

Wir fordern das Wort »Apartheid« zurück!

Warum die Gleichsetzung von Israel mit dem rassistischen Südafrika falsch ist.

Im August 2001 kam es im südafrikanischen Durban bei der UN-Weltkonferenz gegen Rassismus zu hässlichen Szenen: Israelische und jüdische Delegierte waren heftigen Beschimpfungen durch andere KonferenzteilnehmerInnen ausgesetzt. Deren Begründung lautete, Israel sei ein rassistischer Apartheidstaat, dessen Angehörige nichts auf einer antirassistischen Konferenz verloren hätten. Die Gleichsetzung von Israel mit dem Apartheidstaat Südafrika findet bis heute weltweit große Resonanz, sie ist eine der zentralen Ar-

gumentationsfiguren des globalen BDS-Bündnisses (Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen). Im Neuen Südafrika ist die radikale Ablehnung Israels sogar eine Mehrheitsposition, insbesondere im Umfeld des ANC.

Umso bemerkenswerter ist die Initiative Africans for Peace, die mittels der jüngst erschienenen Publikation »New Perspectives on Israel and Palestine« eine Revision des antizionistischen Weltbildes anstrebt. Als »unabhängiges Kollektiv von Studierenden, Dozentinnen und AktivistInnen« wollen die

Africans vor Peace Diskussionen um friedliche Konfliktlösungen vorantreiben und dabei afrikanische Sichtweisen einbringen. Einige ihrer Mitglieder reisten nach Israel und Palästina und reflektierten anschließend selbstkritisch ihre bisherigen Ansichten zu Israel. Wir dokumentieren hier leicht gekürzt einen Beitrag aus der Publikation (Original kostenlos im Web unter africansforpeace.com). ANC-Mitglied Nkululeko Nkosi weist darin den Apartheidvorwurf gegen Israel aus einer südafrikanischen Perspektive zurück.



Fast ein Jahrhundert lang bestimmte die Apartheid Südafrika durch die Institutionalisierung der Rassentrennung, sie war die Grundlage unseres politischen Systems. »Apartheid« ist ein Wort aus dem Afrikaans und bedeutet »Getrenntheit«. Für unsere Eltern und Großeltern waren die Jahre der Apartheid eine Quelle für tief sitzende individuelle Traumata. Ihre Generationen waren gezwungen, in diesem teuflisch diskriminierenden System zu leben. Diejenigen, die im Post-Apartheid-Südafrika aufgewachsen sind, können dieses rassistische Erbe noch heute deutlich spüren.

Gerade deshalb, weil wir SüdafrikanerInnen genau wissen, was Apartheid bedeutete, haben wir die Pflicht zu hinterfragen, ob es ein angemessenes Wort ist, um den Israel-Palästina-Konflikt zu beschreiben. Das heißt im Klartext: Da niemand den Schmerz und die Schrecken der Apartheid besser kennt als wir, sind wir es, die der Welt signalisieren sollten, wann es angemessen ist, das Wort zur Beschreibung einer Situation zu verwenden – und wann nicht.

Realitäten der Apartheid in Südafrika

Apartheid bedeutete in Südafrika die Aufrechterhaltung von Rassismus als ein System von Gesetzen und Reglementierungen. Es war ein rechtliches Mittel der Weißen Minderheit, die sich auf weniger als zehn Prozent der Bevölkerung belief, ihre ökonomische und politische Überlegenheit zu stabilisieren. Zugleich wertete die Apartheid sowohl die Identität als auch die Würde der Schwarzen Bevölkerung herab: Schwarzen und anderen nicht-weißen Bevölkerungsgruppen wurden Landrechte, Wahlrecht, Redefreiheit und letztlich das Recht auf freie Selbstentfaltung vorenthalten.

Die Wurzeln der Apartheid reichen bis ins Jahr 1913 zurück, als der so genannte »Land Act« verabschiedet wurde, drei Jahre nachdem die Buren und die britische Kolonialmacht die Unabhängigkeit Südafrikas vereinbart hatten. Nach diesem Gesetz wurde die Schwarze Bevölkerungsmehrheit gezwungen, ausschließlich in so genannten »Native Reserves« zu leben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, der Süd-

afrika in eine tiefe ökonomische Krise gestürzt hatte, gewann die National Party die Parlamentswahlen (an der nur weiße WählerInnen teilnehmen durften) mit dem Versprechen, die Rassentrennung zu formalisieren und auszuweiten. Zum ersten Mal fiel nun das Wort »Apartheid«. Der designierte Premierminister Hendrik Verwoerd, aus dessen Feder die Apartheidgesetze stammen, äußerte dabei explizit, dass es darum ging, die an sich schon sehr starke Rassentrennung des Landes noch weiter zu forcieren: »Warum sollten die Bantu-Kinder (Schwarzen) in Mathematik unterrichtet werden, wenn sie diese niemals praktisch benutzen werden? Das ist doch absurd. Bildung sollte an die Chancen und die Lebensumstände eines Menschen angepasst werden.« Für Verwoerd und andere RassistInnen gehörten Schwarze Menschen ganz »natürlich« an den unteren Rand der sozialen Hierarchie.

In den folgenden Jahren wurde eine Reihe weiterer Gesetze verabschiedet, welche die Apartheid weiter verfestigten, etwa indem verhindert wurde, dass Weiße und Schwarze Menschen in den gleichen Gegenden leben durften. Darunter waren folgende Gesetze: Der Population Registration Act (1950) als Basis der Apartheid teilte die SüdafrikanerInnen in drei getrennte, ungleiche Gruppen ein: Weiße, Schwarze und Coloureds. Der Prohibition of Mixed Marriages Act (1949) verbot Ehen zwischen Menschen unterschiedlicher »Rassenzugehörigkeiten«. Der Sexual Offenses Act (1957) untersagte sexuelle Kontakte zwischen Weißen und Schwarzen sowie Homosexualität. Und laut dem Suppression of Communism Act (1950) zählte jegliche Form des Widerstandes gegen die Rassentrennung zum »Kommunismus«.

Diese Zusammenstellung von Apartheid-Gesetzen ist nur ein Auszug, jedoch wird deren repressives Wesen mehr als deutlich. Ihr primäres Ziel war es, die weiße Vorherrschaft im Land auszubauen, indem nicht-weißen Menschen grundlegende Menschenrechte verwehrt wurden. Es gab keine Schwarzen PolitikerInnen oder RichterInnen, folglich lag also die gesamte politische

Macht in den Händen der Weißen. Als gesellschaftliches System war die Apartheid omnipräsent, sie erkannte weder Privatsphäre noch Individualität an. Sie und nicht persönliche Präferenzen bestimmten, wer mit wem in Verbindung stand, zusammenarbeitete, befreundet war oder eine Liebesbeziehung entwickelte. In diesem Sinne kann die Apartheid als eine Form des Totalitarismus interpretiert werden.

Was die Apartheid vor allem von den Schwarzen wollte, war ihre Arbeitskraft – so billig wie möglich. Dies beruhte auf Verwoerds Ansicht, dass Schwarze Menschen den Weißen unterlegen seien und wurde durch eine Bildungspolitik fortgeführt, die Schwarze am gesellschaftlichen Aufstieg hinderte. Durch den »Bantu Education Act« wurde der Unterricht für Schwarze SchülerInnen auf Afrikaans abgehalten – eine Sprache, die diese weder sprachen noch verstanden. Die meisten Schulen für Schwarze hatten weder sanitäre Anlagen noch Strom. An diesen Schulen wurde den SchülerInnen vermittelt, dass sie als Schwarze nichts Besseres in ihrem Leben zu erwarten hätten.

Selbstverständlich nahmen die Schwarzen diese Unterdrückung nicht einfach hin. Es gab viele Proteste und Aufstände gegen die Regierung und ihre Institutionen. Der sicherlich bedeutendste fand am 16. Juni 1976 statt, als tausende SchülerInnen in Soweto, einem ausgedehnten Township bei Johannesburg, auf die Straße gingen, um gegen den zwangsverordneten Unterricht auf Afrikaans zu demonstrieren. Die Polizei ging hart gegen die Demonstrierenden vor. 600 Menschen wurden erschossen und mehr als 3.000 verletzt, was landesweite Proteste und letzten Endes die Abschaffung der Apartheid gut zwanzig Jahre später nach sich zog.

Jedoch weitete die Regierung das Apartheidregime und die damit verbundenen Verfolgungen vor allem der kritischen Presse nach den ersten Aufständen in Soweto noch aus. So wurden etwa das »Drum Magazine« und »Daily Dispatch« verboten, nachdem diese eine Kampagne zum Mordfall des Anti-Apartheid-Aktivistens Steve Biko lanciert hatten. Die Einschränkung der Pressefreiheit

war ein verzweifelter Versuch des Apartheidregimes, kritische Stimmen sowohl für die BürgerInnen im eigenen Land als auch für die Öffentlichkeit im Ausland unhörbar zu machen.

Unhaltbare Vergleiche mit Israel

Schon seit über 50 Jahren wird Apartheid-Südafrika mit Israel verglichen. Ursprünglich geschah dies aber nicht durch Schwarze SüdafrikanerInnen oder PalästinenserInnen, sondern die UdSSR, die aus geopolitischen Gründen die arabischen Staaten in ihrem Kampf gegen Israel rhetorisch unterstützen wollte. 1975 verabschiedete die UN-Generalversammlung eine Resolution, in der Zionismus mit Rassismus gleichgestellt wurde und dementsprechend Südafrika in einem Atemzug mit Israel genannt wird. Auch wenn diese Resolution 1991 wieder außer Kraft gesetzt wurde, ist dieser Vergleich nach wie vor präsent und wird durch Veranstaltungen weiter gepflegt, zum Beispiel mit der jährlich weltweit stattfindenden »Israel-Apartheid-Woche«. (siehe Anmerkung)

Es ist allgemein bekannt, dass der Israel-Palästina-Konflikt vor allem religiöse und territoriale Dimensionen hat. Bei der Apartheid ging es vor allem um die Dominanz einer »Rasse«, nicht um Religion oder Nationalität. Im Gegensatz zur Apartheid haben arabische BürgerInnen Israels die gleichen Rechte und Freiheiten wie jüdische BürgerInnen. Bei meinem letzten Besuch in Israel konnte ich feststellen, dass die israelische Regierung anders als Südafrika nicht absichtlich versucht, bestimmte Gruppen voneinander zu isolieren. Während meines Besuchs habe ich intensiv mit PalästinenserInnen und Israelis gesprochen und diskutiert. Dabei stellte ich fest, dass sie alle ein sehr ausgeprägtes Bedürfnis haben, in Frieden Seite an Seite als NachbarInnen zu leben. Demgegenüber verachteten während der Apartheid die Weißen BürgerInnen Südafrikas die Schwarzen und tun es zum Teil bis heute.

Manche behaupten, dass zumindest der Vergleich der palästinensischen Autonomiegebiete mit den so genannten südafrikanischen Bantustans funktionierte. Bantustans waren mehr oder

minder autonome Gebiete für Schwarze, die vom Apartheidregime geschaffen wurden. Allerdings sollten diese verarmten Landstriche nicht mit eigenständigen Staaten verwechselt werden. Trotz einiger struktureller Ähnlichkeiten hinkt der Vergleich aus mehreren Gründen. In den 1970ern lebten ungefähr vier Millionen Schwarze in den Bantustans. Die Regierung plante letzten Endes, alle Schwarzen des Landes dorthin umzusiedeln. Nichts annähernd Vergleichbares wurde je von der israelischen Regierung angedacht, die stets betont, dass sie die PalästinenserInnen nicht auf unbestimmte Zeit regieren möchte.

Außerdem waren die Verhältnisse in den Bantustans wesentlich schlechter als in den palästinensischen Autonomiegebieten, nicht zuletzt, weil ausländische Regierungen die Bantustans nicht wirtschaftlich oder anderweitig unterstützten. Die palästinensischen Autonomiegebiete werden hingegen international als zukünftiger souveräner Staat anerkannt und haben dementsprechend internationale Hilfgelder in Milliardenhöhe erhalten.

In Israel wird – anders als in Südafrika der Apartheid – die Wahrheit nicht unterdrückt. Für den Befreiungskampf war zentral, was der Welt von den zensierten Medien über die Verhältnisse in Südafrika mitgeteilt wurde. Die Antwort des Apartheidregimes war, die Pressefreiheit einzuschränken und jeglichen Dissens zu unterbinden. In Israel hingegen werden die Pressefreiheit und die Rechte von JournalistInnen verteidigt und geschützt. So unterstützte zum Beispiel der Oberste Gerichtshof in Israel die Journalistin Ilana Dayan, die in ihren investigativen Fernsehberichten einen ehemaligen Offizier belastete, der 2004 ein palästinensisches Mädchen umgebracht hatte. Seiner Klage wegen Rufmordes wurde nicht statt gegeben. Im Südafrika der Apartheid hätte es nie ein ähnliches Urteil zugunsten einer Journalistin gegeben. Im Gegenteil, das Presserecht enthielt eine Reihe von Verbots- und Einschüchterungsparagraphen, die auch angewandt wurden.

Im Gegensatz zu den Schwarzen wäh-

rend der Apartheid können die AraberInnen in Israel wählen, sie haben ihre eigenen RepräsentantInnen und InteressenvertreterInnen in politischen Debatten. 2015 gewann die von PalästinenserInnen dominierte Vereinte Liste 13 Sitze in der Knesset und ist somit drittstärkste Kraft im Land. Diese Partei ist dafür bekannt, eine der schärfsten KritikerInnen der israelischen Regierung zu sein. Die israelische Politik lässt also Opposition und Kritik zu, ohne mit Verbotsboten oder Gefängnis zu drohen.

Im Südafrika der Apartheid hatten Nichtweiße weder ein Wahlrecht noch eine gewählte politische Repräsentation. Im Gegensatz zu den BewohnerInnen der Bantustans haben die PalästinenserInnen ihre eigene unabhängige Regierung, die sie selbstverständlich selbst wählen. Im Südafrika der Apartheid wurden alle RepräsentantInnen der Nichtweißen von der Regierung in Pretoria ernannt und waren dieser Rechenschaft schuldig. Daher lautete eine der Hauptforderungen der Anti-Apartheid-Bewegung »one person, one vote«.

In Südafrika konnten Schwarze von Gleichberechtigung nicht einmal träumen. Die Apartheid war so engstirnig, dass es unvorstellbar gewesen wäre, dass ein Schwarzer Richter einen Fall bearbeitet, der auch eine Weiße Person betrifft. Ob Busse, Parks, öffentliche Toiletten oder Bänke, ihre Benutzung wurde durch Apartheidgesetze geregelt, die dafür sorgten, dass Weiße und Schwarze nicht die gleichen Orte nutzen konnten. Die Regierung hätte es verhindert, dass eine Schwarze Person einen einflussreichen Posten bekleidet, wohingegen in Israel sehr wohl AraberInnen in den höheren Rängen des politischen, gesellschaftlichen und militärischen Lebens zu finden sind.

Ein Projekt der Entwürdigung

Israel schützt sowohl Freiheit als auch Diversität. AraberInnen genießen in Israel mehr Freiheit als in Palästina, besonders dort, wo die Hamas Angst verbreitet. Genauso wie in Zeiten der Apartheid werden die Rechte der Frauen in Palästina nicht respektiert. Damals war die Verfügungsgewalt Schwarzer Frauen über ihr Eigentum

an die Zustimmung eines Mannes geknüpft. Während der Apartheid stand Homosexualität unter Gefängnis- oder Geldstrafe; Israel war hingegen eines der ersten Länder, das die Rechte der gesamten LGBT-Community anerkannte.

Bitte stehlt uns also nicht das Wort Apartheid! Für Schwarze SüdafrikanerInnen bedeutete Apartheid mehr als nur systematische Diskriminierung unserer Bevölkerungsgruppe. Es war ein Projekt, das zum Ziel hatte, einer spezifischen »Rasse« ihre Geschichte, Kultur, Würde und Menschlichkeit zu entreißen. Wer das Wort Apartheid benutzt, um die israelisch-palästinensische Pattsituation zu beschreiben, führt das Projekt der Entwürdigung Schwarzer SüdafrikanerInnen fort, indem die Einzigartigkeit des Rassismus und des Hasses, mit dem wir damals konfrontiert wurden und den wir mit viel Blut und Tränen überwinden konnten, negiert

wird. Sicherlich ist das Gefühl, von einer anderen Gruppe diskriminiert und unterdrückt zu werden, auch für den Israel-Palästina-Konflikt von Bedeutung. Aber es unterscheidet sich doch sehr stark von dem juristisch-institutionell legitimierte Rassismus, der auf dem Konstrukt weißer Überlegenheit basiert, das einst mein Land regierte.

Anmerkung

Die so genannte Israel Apartheid Week findet seit 2005 weltweit an 55 Universitäten statt, darunter Berlin, Stuttgart, Oxford, Cambridge sowie Soweto und Johannesburg. Organisiert wird die Woche meist von Palästina-Solidaritätsgruppen oder Unigruppen, die zum Boykott von Israel aufrufen. (Anm. d.

Redaktion (iz3w))

Nkululeko Nkosi kommt aus dem Township Kathlehong bei Johannesburg und ist der erste Student der dortigen High School, der an der Universität Witswaterand Jura studieren konnte. Er ist Vorsitzender der Universitätssektion der ANC-Jugendliga.

von Nkululeko Nkosi, Übersetzung aus dem Englischen: Swetlana Hildebrandt

aus: iz3w März/April 2017

Der böse, böse Essenzialismus

Warum die Kritik an antirassistischen »Identitätspolitiken« nicht nur sehr unsolidarisch ist, sondern auch echte Koalitionen verunmöglicht

Um es mit den weinerlichen Worten Coldplays zu sagen: Nobody said it was easy. Klar, es sind schwierige, aber auch irgendwie aufregende Zeiten. Es passiert etwas, Dinge verändern sich, manchmal auch zum Besseren. Neulich bin ich an einem B.Z.-Zeitungsstand vorbei gelaufen, auf dem Titelblatt: »Lassen Sie uns über Sexismus reden.« Im Berliner Krawallblatt des Springer Verlags. Was kommt als nächstes, »So rassistisch ist Deutschland«? Irre.

Auch wenn wahrscheinlich genug Mangel- und Zweifelhafte darin stand, ist auch so etwas eine Art Fortschritt - ein Fortschrittchen, wenn man so will. Vielleicht bin ich gerade auch nur trunken vor Begeisterung über die erfolgreichen Proteste gegen das Abtreibungsgesetz in Polen, von wo sonst eher wenig erfreuliche politische Meldungen kommen. Das ist es ja: Dinge, die sich emanzipatorisch wandeln, sind an regressive und bedrohliche Entwicklungen gebunden. Und während auf meiner inneren Deutschlandkarte immer mehr weiße Stellen entstehen, die ausradiert werden wie in Michael Endes »Die unendliche Geschichte« (Bautzen, Zorneding, die Ringbahn zwischen Ostkreuz und Landsberger Allee), löst ein polemischer Kommentar zum Fusion Festival auf der Website von Missy Magazine eine Sturmflut weißer Tränen aus, werden Freund_innen von mir mit rechten Ethnopluralist_innen verglichen. Fuck that.

Eigentlich könnte es mir egal sein. Es wird sowieso weitergewettert werden, gegen Identitätspolitik, Authentizitätsfetischismus oder Tugendfuror - aber tatsächlich werden die Fragen, die Critical Whiteness und andere antirassistische Theorien aufgreifen, nicht

verschwinden, sondern im Gegenteil immer weitere Kreise ziehen. Da wird auch noch so wütende Gegenrede nichts helfen. Die generelle Fließrichtung dieses weit verzweigten, an manchen Stellen auch mal stockenden Diskurses lässt sich nicht aufhalten. Aber an diesem Punkt wünsche ich mir, es gäbe auf Seite der Linken mehr Bereitschaft zu konstruktivem Dialog und Zusammenarbeit, anstelle der ohnehin vergeblichen Abwehrversuche. Wie also lassen sich Koalitionen bilden, die einerseits flexibel und komplex, andererseits strapazierbar genug sind, um unvermeidliche Widersprüche auszuhalten?

Was soll antirassistische Arbeit eigentlich sein?

Vielleicht zuallererst die Frage: Was soll antirassistische Arbeit eigentlich sein? Vor allem grundsätzlich anti-rassistisch, könnte man meinen. Dass dies aber nicht unbedingt der Fall ist, dass also Räume, Gruppen, Bewegungen, die sich selbst als Gegengift zu Rassismus verstehen, diesen dennoch reproduzieren können, gehört zu den großen Entzauberungen dieser Tage. Ähnlich enttäuscht, so meint der US-Historiker Robin Kelley, seien diverse Schwarze Protestgruppen von ihren Universitäten, die sie sich fälschlicherweise als aufgeklärte, vorurteilsfreie Räume vorgestellt hatten. Nun lassen sich Institutionen zwar nur begrenzt mit linken Strukturen vergleichen, die Kluft zwischen idealisiertem Selbstverständnis und gelebter Realität klafft in manchen Fällen jedoch ähnlich weit.

Obleich wir an der unentbehrlichen Utopie festhalten müssen, muss klar sein: Es gibt keine post-rassistischen Räume in einer rassistischen Gesellschaft. Stattdessen muss es Schwarze

oder PoC-Räume (People of Color) geben, die selbstbestimmte Gruppenidentität stiften. Was an diesen Orten entsteht, beißt sich womöglich auf den ersten Blick mit dem wie auch immer gearteten poststrukturalistischen Idealbild einer hybriden (gemischten bzw. sich durch unterschiedliche Einflüsse beständig wandelnden und entwickelnden), postethnischen Gesellschaft. Aber erstens ist die Realität nun mal kein Wunschkonzert, und zweitens ist die saubere Unterscheidung in den bösen Essenzialismus (die Vorstellung, dass Begriffe, Identitäten etc. einen - unveränderlichen, wahren - »Wesenskern« besäßen) und die gute Hybridität nicht nur willkürlich, sondern auch historisch falsch.

Begriffsgeschichtlich lässt sich letztere dem britischen Historiker Robert J.C. Young zufolge niemals gänzlich von ihren sozialdarwinistischen Ursprüngen lösen. Soll heißen, die Idee der kulturellen Vermischung oder Auflösung funktioniert nur vor der impliziten Annahme einer imaginierten Reinheit - »reiner Kulturen«, »reiner Identitäten«. Diese Annahme bleibt stets der Rattenschwanz dieser Denkfigur. Wer auch immer am lautesten nach der Auflösung fixer Identitäten ruft, sollte zudem kurz hinterfragen, warum ihm oder ihr dies so leicht fällt. Ein wenig erinnert nämlich diese Debatte auch an den in poststrukturalistischen Kreisen vollmundig eingeläuteten »Tod des Autors« in den 1970er Jahren - der just in dem Moment ausgerufen wurde, an dem weibliche und nicht-weiße Autor_innen die Bühne betraten und ihrerseits vielleicht gern etwas von der angestaubten Autorenautorität gehabt hätten.

Die Sache mit den Identitäten

In den 1980ern wiederum verwies die Literaturwissenschaftlerin und Postkolonialismus-Theoretikerin Gayatri C. Spivak auf den strategischen Essentialismus subalternen Subjekte - also die vorübergehende Annahme kollektiver Identitäten - als durchaus erfolgreiche politische Taktik. Wohlwissend also, wie schädlich und grob vereinfachend die Idee einer homogenen Gruppe ist, könne es zu bestimmten Zeiten und in bestimmten Kontexten wichtig sein, eine solche Identität zu beanspruchen und somit effektive politische Einheiten zu bilden. Dass es in jedem Fall besser ist, die Erzählung über eine bestimmte Gruppe, wenn sie sich denn schon nicht auflösen lässt, zumindest selbst zu bestimmen, leuchtet ohnehin ein. Geht es um eine so übergreifende Identität wie bei People of Color, tritt vor allem die gemeinsame Geschichte des Widerstands in den Vordergrund, sowie die Entwicklung dessen, was die Theoretikerin Chela Sandoval »Oppositional Consciousness«, oppositionelles Bewusstsein, genannt hat.

Auf einer unmittelbareren Ebene ist es aber auch wichtig, dass Subjektivität nicht nur ex negativo, also in Opposition zur Dominanzkultur entwickelt wird. Dafür eignen sich vor allem identitätsstiftende Geschichte und Kultur. Das Zelebrieren bestimmter Haar-, Kleidungs- oder Musikstile ist dabei

nicht naturalisierend, sondern Zeugnis einer lebendigen, wandelbaren und vor allem selbstbewussten Tradition. Trotzdem, oder vielleicht genau deswegen, sind Schwarze Communities in meiner Erfahrung wahre Paradebeispiele für gelebte Differenz. Dort werden unermüdlich Unterschiede und Hierarchien, ob bezüglich des Alters, der Sexualität oder des Geschlechts, offen und aktiv verhandelt. Davon abgesehen ist das Demontieren von Stereotypen ein wesentliches Anliegen antirassistischer Arbeit, und einer groben Homogenisierung somit diametral entgegen gesetzt. Eine starke politische Identität entsteht genau dadurch, dass Vielfalt gelebt, Widersprüche ausgehalten werden. Sei es auf lokaler, nationaler oder transnationaler Ebene: Differenz ist Motor und Modus Operandi der Schwarzen Diaspora.

Für die antirassistische Arbeit innerhalb einer Schwarzen Gruppe heißt das dennoch konkret: Ja, wir sind durch diese Gesellschaft rassifiziert worden, und auf Grundlage ebendieser Identität bauen wir auf, artikulieren Missstände und spenden Support. Und was bleibt einer auch anderes übrig, als selbstbewusst Identität zu beanspruchen? In dem Moment, in dem ein Mensch in Deutschland aufgrund seiner Hautfarbe ermordet wird, wird meine Identität zu einer politischen, da kann ich mich selbst als unpolitisch oder farbenblind oder post-

national sehen, so viel ich will.

Gestrampel und Geschrei

Dass dank Ansätzen der Critical Whiteness dasselbe nun auch für weiße Personen gelten soll, dass auch sie »eine Hautfarbe bekommen«, empfinden viele als irgendwie unfair. Julia Lemmle, Coach und Critical-Whiteness-Trainerin, bezeichnet ihre Arbeit daher auch als eine Art »Puffer«. Bevor gänzlich unreflektierte weiße Aktivist_innen auf PoC-Gruppen treffen, bietet sie Raum zum Selbsterfahren und Hinterfragen. Lemmle ist immer wieder überrascht, wie viele Aggressionen das freisetzt: »Natürlich wehren sich weiße Menschen zunächst dagegen, als weiß und privilegiert zugeordnet zu werden, da sie es gewohnt sind, sich Zuschreibungen zu entziehen und die Anderen zu benennen und zu bezeichnen. Zu hören, dass sie Rassismus verinnerlicht haben und (re)produzieren, auch wenn sie dies nicht bewusst wollen, entspricht nicht dem eigenen Selbstbild und löst erst einmal viel Widerstand aus.«

Dabei geht es aber auch darum, nicht in einer Schuldfrage stecken zu bleiben oder sich auf einer rein abstrakten Ebene gegenseitig Kritik an den Kopf zu werfen. Denn obgleich der Begriff des Privilegs erst einmal rosig klingt und reale Vorteile bringt, gibt es in einer ungerechten Gesellschaft keine echten »Gewinner_innen«. Anders ausge-



drückt:

Die Aufrechterhaltung einer solchen Gesellschaft ist mit Anstrengungen verbunden und geht mit einer ständigen Paranoia einher. Wie fragil diese Struktur ist, sieht man am hysterischen Gestampel und Geschrei weißer Männer weltweit, sobald jemand ihrer für selbstverständlich genommenen Normalität einen Kratzer zufügt. Das ist zwar in keiner Weise vergleichbar mit dem ganz realen Überlebenskampf vieler People of Color, macht aber deutlich, wie tiefgreifend die Beschädigung aller in einem kaputten System ist. Wer sich über seine gesellschaftliche Position, Verantwortung und Wirkmacht nie richtig Gedanken gemacht hat, ist auch nicht wirklich zu beneiden.

Koalitionen und Safe Spaces

Handlungsfähige politische Koalitionen entstehen laut Lemmle durch den echten, respektvollen Kontakt zwischen Menschen, die sich auch auf emotionaler Ebene mit sich selbst auseinandergesetzt haben. Dazu gehört ein Verständnis davon, wie Rassismus und Rassifizierung funktionieren.

Damit greift Lemmle die oft zitierte Kritik auf, zeitgenössische Emanzipationsbewegungen würden den Kampf zu sehr ins Psychologisch-Emotionale verlagern und strukturelle Zusammenhänge ausblenden. Nun ist diese Kritik

weder neu noch muss sie von außen herangetragen werden; interne Debatten der Bürgerrechtsbewegung oder der Black Studies widmen sich dieser Frage seit Jahr und Tag. Es ist tatsächlich auffällig, wie sehr die Bedeutung psychologischer Traumata, ein auf wundersame Weise ebenso individueller wie abstrakter Zugang zu kollektivem Schmerz, die Rhetorik mancher antirassistischer Arbeit bestimmt. Das ist angesichts einer gewaltvollen Geschichte und Gegenwart aber nicht verwunderlich. Natürlich wäre es limitierend, wenn sich antirassistische Arbeit ausschließlich auf Safe Spaces und psychologischen Support reduzierte. Das ist aber weder der Fall, noch stehen persönliche Heilung und individuelle Erfahrungen in einem notwendigen Widerspruch zu kollektiven Visionen und strukturellen Lösungen.

Auch hier lohnt der Blick zurück in die jüngere Schwarze Geschichte. 1981 hielt die Sängerin und Aktivistin Bernice Johnson Reagon eine Rede über Koalitionspolitik im 21. Jahrhundert. Anlass war das West Coast Women's Music Festival in Kalifornien, ein Event, das vielleicht ähnlich großes Enttäuschungspotenzial besaß wie heute die Fusion. Zu einem Zeitpunkt, als die Interventionen des Third Wave Feminism (1) noch fromme Wünsche waren, sah sich Reagon dort mit einem mehrheitlich weißen Publikum konfrontiert, für

das die Universalkategorie Frau eine ziemlich normative Angelegenheit war. Auch damals ging es um das Artikulieren von und das Arbeiten mit Differenz innerhalb einer politischen Bewegung. Jenseits eines limitierenden Modells von Identity Politics wies Reagon dennoch auf die Notwendigkeit - und Begrenztheit - exklusiver Räume hin. Die Kernmetapher ihrer Rede war die des »barred room«, also des abgeschlossenen Raumes. Reagon unterschied dabei zwischen dem warmen Gefühl der Sicherheit, das uns der »Home Space« eines geschlossenen Raumes schenken kann, und der unangenehmen und anstrengenden Koalitionsarbeit, die aber dennoch stets angestrebt werden müsse. Denn obgleich jene Räume empowernd wirken, helfen sie uns längerfristig nicht dabei, zu überleben.

Antirassistische Arbeit ist nicht angenehm, das hört man den Worten »struggle« und »resistance« bereits an. Heilsam kann sie trotzdem sein, vorausgesetzt es sind nicht immer dieselben, die sich dabei aufreiben oder unnötig verletzt werden. Frei übersetzt mahnt Reagon: »Koalitionsarbeit findet nicht bei dir daheim statt, Koalitionsarbeit muss in den Straßen passieren. Und es ist die vielleicht gefährlichste Arbeit, die du tun kannst.« Nobody said it was easy.

aus: *analyse&kritik* 620
von Dominique Haensell



termine

april 17

Mi.	12.4.	20:00	Mobivortrag AfD-Bundesparteitag in Köln
Fr.	14.4.	21:00	Konzert: 100 Blumen + IchSucht + Unfaded
Sa.	15.4.	22:00	Mäfa (nur für Männer)
Fr.	21.4.	22:00	Feel the Darkness
Do.	20.4.	20:00	offenes VoKü-Plenum
Sa.	29.4.	23:00	Rosa Disco

mai 17

Fr.	5.5.	22:00	Mash Up Di Place
Sa.	6.5.	22:00	LesBiSchwule Mottoparty
Sa.	13.5.	22:00	20er Jahre Party – Haus Friedensbruch Soli-Party
Sa.	20.5.	22:00	Mäfa (nur für Männer)
So.	21.5.	19:00	Fat Hoshi Concerts: Arson Projects
Sa.	27.5.	23:00	Rosa Disco
So.	28.5.	19:00	Fat Hoshi Concerts: Link + Set and Setting

juni 17

Fr.	2.6.	22:00	Mash Up Di Place
Sa.	3.6.	22:00	Homophilias – Party für Lesben und Schwule
Do.	8.6.	20:00	Film: 'Bliss of Ignorance' – G20-Mobi gezeigt von Klimaaktionen Oldenburg
Fr.	9.6.	22:00	Fat Hoshi Events – Ärzte vs. Hosens
Sa.	17.6.	22:00	Mäfa zum CSD (nur für Männer)
Sa.	24.6.	23:00	Rosa Disco
Fr.	30.6.	22:00	AZ-Vernetzungsparty

wöchentlich

Mo.	18:30	offener Kreativ-Treff
Mo.	20:30	Lindy-Hop
Di.	17:00	No Future Yoga
Mi.	18:30	Awareness-Treffen
Mi.	20:00	Jonglage / Akrobatik
Do.	18:30	Samba Action Band – 'Rhythms of Resistance Oldenburg'
Do.	19:00	Kurdistan Solidaritätskomitee Oldenburg
Do.	20:30	Vokü – anschließend Kneipe
Do.	21:00	Oldenburger Rechtshilfe

monatlich

1. Mo.	20:00	Offenes Vernetzungstreffen zur aktuellen Politik
2. Mo.	18:00	Antifaschistischer Fußball-Treff
3. Mo.	20:00	Offener antifaschistischer Treff
1. Mi.	20:00	FrauenLesbenInter*Trans*-Kneipe
2. Mi.	21:00	Haus Friedensbruch Kneipe
3. Mi.	19:30	FLIT* (FrauenLesbenInterTrans*) Nutzer*innen-Plenum
3. Mi.	21:00	Punkkneipe
4. Mi.	19:30	Psychiatriekritische Kneipe
1. Do.	18:00	'Stop Deportation'-Gruppe
2. Fr.	20:30	Alhambra-Nutzer*innen-Plenum

jeden Do. 18-21 Uhr Infoladen "roter strumpf"